Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207. Donnerstag, den 4. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein imperialistisches Zeitungsunternehmen.

Der „Vorwärts“ macht von einem erbaulichen Plane unserer Imperialisten Mitteilung. Die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus hat ihn in eine neue Sturm- und Drangperiode geführt. Für die durch die moderne Technik enorm gesteigerten Produktivkräfte und das nach profitabler Anlage verlangende aufgehäufte Kapital sind die bisherigen Warenabsatz- und Kapitalanlagemärkte zu eng geworden. Die Folge ist, daß in den kapitalistisch entwickelten Staaten immer dringender die Forderung nach der Eröffnung neuer Märkte, besonders nach der Erwerbung neuer Kolonialmärkte auftritt — wenn es nicht anders möglich sein sollte, mit Waffengewalt. Der Schrei nach Markterweiterung, nach „Expansion“, durchhallt die ganze deutsche kapitalistische Presse, von den großen Finanz-, Börsen- und Handelsblättern bis tief hinein in die agrarische Provinzpresse. Der Wunsch, das Deutsche Reich zu einem großen kolonialen Weltreich, einem „Imperium“ auszugestalten, bildet heute den Hauptinhalt der Politik fast aller bürgerlichen Parteien Deutschlands und ist zum hauptsächlichsten Motiv der fortgesetzten Heeres- und Flottenrüstungen geworden. Noch mehr als die exportierende Großindustrie hat das Reeder- und vor allem das große Finanzkapital ein starkes Interesse an der Ausdehnung des Kolonialbesitzes. Zudem aber zwingt jede moderne Koloniolpolitik den Staat, der sie betreibt, zu bedeutenden finanziellen Aufwendungen: Flottenvergrößerungen, Marinestationen, Hafen- und Eisenbahnbauten, Flußregulierungen usw., und infolge dieser Aufwendungen zur Aufnahme neuer Anleihen und zum Schuldenmachen, wobei meist für das Finanzkapital recht ansehnliche Profite abfallen.

Daß in Anbetracht solcher Profitinteressen das große Kapital nicht nur danach trachtet, die Staatsmacht seinen imperialistischen Zwecken dienstbar zu machen, sondern zugleich auch auf die vaterländische Presse möglichst Einfluß zu gewinnen, ist durchaus begreiflich. Aber daß es selbst Zeitungen zu gründen sucht, um im In- wie im Ausland seine Pläne zu verfechten, kann nicht Wunder nehmen, fehlt es doch infolge der Ueberproduktion an journalistischen Kräften nicht an Leuten, die gerne bereit sind, solche Aufgaben zu übernehmen. Wir würden, meint der „Vorwärts“, deshalb auch nicht viel Aufhebens davon machen, daß in großkapitalistischen Kreisen zurzeit die Herausgabe einer großen Tageszeitung zur Förderung imperialistischer Weltpolitik betrieben wird, wenn nicht die Art, wie das Geld für dieses Unternehmen aufgebracht wird, und der Arbeitsplan des betreffenden Blattes so eigenartige Schlaglichter auf den Zusammenhang unserer hohen Regierung mit der Bankfinanz und auf ihre auswärtige Politik würfe.

Es handelt sich um ein großes tägliches Blatt, das baldigst unter dem Titel: „Zeitung der Zeitungen, tägliche Weltübersicht der internationalen Politik, Kultur und Wirtschaft“ erscheinen soll. Als Herausgeber zeichnet zunächst der Journalist Artur Kirchhoff, Berlin-Halensee. Bereits haben eine große Reihe von Banken, Reedereien, Werften, Kolonialgesellschaften, Fabriken, Export- und Importfirmen usw., daneben aber auch verschiedene Handelskammern und Ministerien, Abonnements und Geldunterstützungen zugesagt, so daß nach vorläufiger Schätzung der voraussichtliche Abonnementsbetrag mit den Nebeneinkünften fast allein schon die bedeutenden Herstellungskosten des Blattes decken wird. Der Abonnementspreis beträgt, da nur auf großkapitalistische Kreise und Behörden als Leser spekuliert wird, 300 Mark pro Jahr.

Für die Vorbereitungsarbeiten haben eine Anzahl großer Firmen bereits durch sogenannte Zahlungen à fond perdu über 40 000 Mk. aufgebracht. Hauptgeldgeber sind die großen Banken (Deutsche Bank, Dresdener Bank, Diskontogesellschaft, Mitteldeutsche Kreditbank, Rheinische Kreditbank, A. Schaaffhausenscher Bankverein, Berliner Handelsgesellschaft, Bank für Handel und Industrie, Norddeutsche Bank usw.), ferner die großen Schiffahrtsgesellschaften (darunter vornehmlich der Norddeutsche Lloyd, die Hamburg-Bremer Afrikalinie, die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“, die Wörmann-Linie, die Kosmos-Linie, die Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft usw.), dann einige Werften (vornehmlich der Vulkan und die Firma Blohm u. Voß in Hamburg). Auch die Waffenindustrie (Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Waffenfabrik Mauser, Ludwig Loewe u. Co. usw.) und eine Reihe mehr oder minder für den Export tätiger Fabriken sowie verschiedene Export- und Importfirmen haben beigesteuert. Selbst das Auswärtige Amt hat für den Anfang 1000 Mark hergegeben.

Das neue Organ soll hauptsächlich Berichte über die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Lage Deutschlands, der auswärtigen Staaten und der Kolonien bieten. Außerdem soll eine Korrespondenz für auswärtige Zeitungen unter dem Titel: „Europäische Briefe“ erscheinen, zunächst zweimal im Monat, später wöchentlich, und zwar soll diese Korrespondenz den auswärtigen Blättern in deren Landessprache geliefert werden, den südamerikanischen Zeitungen also spanisch und portugiesisch, den japanischen Zeitungen japanisch, den australischen Zeitungen englisch usw. Als Zweck dieser „Europäischen Briefe“ wird genannt, erstens die Auslandsmärkte über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu unterrichten, zweitens der „Verleumdung“ und „Herabsetzung“ Deutschlands“ entgegenzuwirken. Bisher bezog das Ausland vornehmlich seine Nachrichten über die Regierungspolitik und die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands teils aus den großen englischen und französischen Zeitungen, teils aus deutschen oppositionellen Blättern, wie zum Beispiel dem „Vorwärts“, der „Frankf. Ztg.“, dem „Berl. Tagebl.“ usw. Dadurch wurde, wie die Gönner des neuen Blattes behaupten, die deutsche Politik im Auslande herabgewürdigt. Dem soll dadurch entgegengearbeitet werden, daß die „Europäischen Briefe“ die offizielle deutsche Politik dem Verständnis der kapitalistischen Schichten des Auslandes näher bringen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ferner ein „streng vertrauliches“ Schreiben mehrerer bürgerlicher Parlamentarier, unter denen sich an der Spitze die Herren Bassermann und Stresemann befinden, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Jagow, in dem sie ihm davon Mitteilung machen, daß nahezu eine Million Abonnementsgelder gesichert seien, daß es bereits gelungen sei, fünfzig ausländische und überseeische Zeitungen für den regelmäßigen Abdruck der „Europäischen Briefe“ zu gewinnen, und in dem schließlich um wohlwollende Prüfung der Frage gebeten wird, ob das Auswärtige Amt nicht einen weiteren Beitrag neben den bereits bewilligten tausend Mark für die energische Durchführung der restlichen Vorarbeiten ernstlich zu fördern, und ferner, ob das Auswärtige Amt nicht eine Form finden könnte, „die Botschafter, Gesandten, Geschäftsträger, Generalkonsuln und die Konsuln der wichtigsten Plätze zu ermächtigen, auf die Weltrevue „Zeitung der Zeitungen“ probeweise für die Dauer eines Jahres zu abonnieren, und die maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Kolonie ihres Landes oder ihres Bezirks zu einer praktischen Unterstützung der Bestrebungen der Weltrevue „Zeitung der Zeitungen“ zu veranlassen.

Indem der „Vorwärts“ diesen feinen Plan, der schon seit Jahren forciert wird, aufdeckte, dürfte ein dicker Strich durch das Unternehmen gemacht sein. Sehr richtig folgert jetzt die freikonservative „Post“: „Jetzt könnte von einer „vorsichtigen diplomatischen Beeinflussung gar keine Rede mehr sein, nachdem der „Vorwärts“ den Plan aufgedeckt habe. „Man kennt ja die Quelle, man weiß, wo die Wasser rauschen und kann ihnen ausweichen. Eine Beeinflussung, die ihren Ursprung an der Stirn trägt, ist völlig wirkungslos. In dem Augenblick, da die geheimen Fäden des Unternehmens aufgedeckt werden, hat es bereits den Todesstoß empfangen. Es ist zwar bedauerlich, daß auf diese Weise viel fleißige Arbeit untergraben worden ist, aber es ist anderseits gut, wenn noch viel mehr zwecklose Arbeit vermieden und der unfruchtbaren Verwendung großer Geldmittel Einhalt geboten wird.“ Die „Post“ erhebt auch Einwände gegen die Person des Herausgebers, Herrn Kirchhoff. In politischen und wirtschaftlichen Kreisen besitze dieser Name keinen Klang. Das Blatt fragt auch, ob er etwa identisch sei mit einem gewissen Kirchhoff, der vor einigen Jahren einmal in recht unliebsamer Weise wegen seiner Journalistik von sich reden gemacht habe. — Wie die „Post“ ferner mitteilt, hat das Auswärtige Amt auf eine Anfrage erklärt, es müsse jede Auskunft über seine Beteiligung an dem Unternehmen verweigern.

Nun nützt das Ableugnen jetzt nichts mehr. Unsere Genossen im Reichstag werden schon Gelegenheit nehmen, den großen Schweiger Jagow, der immer von nichts etwas weiß, zum Reden zu bringen. Wieso es kommt, daß das Auswärtige Amt für ein imperialistisches Zeitungsunternehmen im Interesse des Großkapitals aus Staatsmitteln Gelder aufwendet?

Politische Rundschau

Deutschland.

Zur preußischen Wahlrechtsfrage

äußern sich die häufig offiziös benutzten „Berliner Politischen Nachrichten“. Der Zweck des Artikels ist, die Fortschrittler möglichst von der Sozialdemokratie loszueisen, den Fortschrittlern klar zu machen, daß, solange sie an der Seite der Sozialdemokratie stehen, an eine Wahlreform, insbesondere nach den Wünschen der Sozialdemokratie, gar nicht gedacht werden könne.

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte kürzlich gefordert, daß durch eine Art Notgesetz eine Teilreform vorgenommen werde, die sich eventuell für den Augenblick auf die Einführung der direkten und geheimen Wahl beschränken könne. Gegen diese Forderung schreiben nun die „Berl. Pol. Nachr.“:

„Es ist nicht das erste Mal, daß aus den Reihen der Fortschrittlichen Volkspartei heraus erklärt wird, man würde sich nötigenfalls in der preußischen Wahlrechtsfrage auch mit einer Art Abschlagszahlung begnügen. Aber dahinter stand und steht noch immer die peremptorische Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen, von der die Sozialdemokratie weder künftig noch jetzt auch nur das geringste sich abhandeln lassen will. Deshalb ist der Versuch, der augenscheinlich unternommen werden soll, die Mehrheitsparteien des preußischen Abgeordnetenhauses einer solchen „Teilreform“ geneigt zu machen, von vornherein als aussichtslos zu bezeichnen. Diskutabel wäre der Gedanke nur unter der Voraussetzung, daß die Fortschrittliche Volkspartei klipp und klar die sozialdemokratische Wahlrechtsforderung ablehnte und ebenso klipp und klar ihre Zustimmung zu den Voraussetzungen und Bedingungen erklärte, die in der Thronrede von 1908 als die Grundlagen einer organischen Fortentwicklung des bestehenden Wahlrechts bezeichnet sind. Ebenso ist die Idee eines Notgesetzes behufs vorläufiger Regelung der preußischen Wahlrechtsfrage von vornherein abwegig. Ein Wahlrecht, auf dem letzten Endes das gesamte Leben eines Großstaates beruhen soll, kann man nicht von heute auf morgen ändern oder wechseln, man kann es nicht, wie etwa ein Steuergesetz nach kurzer Daseinsdauer wieder abschaffen, ohne daß man das Staatsganze den schwersten Erschütterungen und den bedenklichsten inneren Gefahren aussetzen würde. Teilreform und Notgesetz in der preußischen Wahlrechtsfrage im Sinne der bürgerlichen Demokratie stehen daher außerhalb jeder Diskussion, und wenn die Verhandlungen über die preußische Wahlrechtsfrage wieder aufgenommen werden — den Zeitpunkt zu bestimmen, wann das geschieht, hat sich nach dem Scheitern der ersten Reformvorlage die Staatsregierung vorbehalten — wird es auf der Grundlage eines bestimmten, festumrissenen, mit den Staatsinteressen und Staatsbedürfnissen dauernd vereinbarten Programms geschehen, und an der Durchführung dieses Programms wird in der selbstverständlichen Absicht gearbeitet werden, ein Wahlrecht zu schaffen, das auf Jahrzehnte hinaus Bestand hat und das, soweit menschliches Ermessen reicht, dem preußischen Staat diejenigen Kräfte und Bürgschaften gewährt, die ihm zur Durchführung der ihm obliegenden eigenen und gesamtdeutschen Aufgaben vonnöten sind.“

Wir sind überzeugt davon, daß ein nicht unerheblicher Teil der Volksparteiler gerne bereit wäre, den von den „B. P. N.“ vorgeschlagenen Weg zu beschreiten und durch das kaudinische Joch zu kriechen. Die Gesamtpartei aber wird vorläufig auf diesen Leim nicht gehen, da sie sich sonst ihr eigenes Grab graben würde.

Farbe bekennen.

Vor einigen Tagen brachte die „Kölnische Zeitung“ bekanntlich einen Artikel über die innere Kolonisation, den sie als aus den Kreisen des Staatsministeriums stammend bezeichnete. Zwei Tage später brachte die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ eine offiziöse Notiz, worin erklärt wird, daß kein Mitglied der Staatsregierung mit dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ in Verbindung gebracht werden könne. Dieses Dementi genügt aber den Agrariern noch nicht. In der „Deutschen Tageszeitung“ ergreift einer der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr von Wangenheim, selbst das Wort, um festzustellen, daß der Verfasser des Artikels lediglich der Demokratie eine Freude bereitet hat. Der Artikel werde aber noch ein weiteres erreichen nämlich: „Verstimmung und Mißtrauen in denjenigen Kreisen, die bisher für die innere Kolonisation gearbeitet haben und die dauernd ihre Stützen sein müssen; ein Mißtrauen, das heute besonders schwer wiegt bei der Nachgiebigkeit unserer leitenden Kreise gegenüber der Demokratie. Und so wird der endliche Erfolg der ganzen Aktion eine schwere Schä-

digung des großen nationalen Werkes sein, wenn nicht die Königliche Staatsregierung den unzweideutigen Beweis liefert, daß hier eine Privatarbeit vorliegt, der sie die verdiente Zurückweisung zuteil werden läßt."

Freiherr v. Wangenheim nimmt demnach an, daß hinter dem Artikel der „Kön. Zeitung" doch ein Mitglied der Staatsregierung stehen könnte. Wie soll nun aber die Regierung es anfangen, zu beweisen, daß es sich bei dem Artikel um eine Privatarbeit gehandelt hat, das könnte höchstens in der Form geschehen, daß die „Köln. Zeitung" das Redaktionsgeheimnis brechen und den Namen des Verfassers des Artikels preisgeben würde. Merkwürdig ist daran allerdings, daß die „Köln. Ztg." ihren Artikel ausdrücklich als aus den Kreisen des Staatsministeriums stammend bezeichnet hat und es ist nicht gut anzunehmen, daß dieses gouvernementale Blatt sich nicht vorher über die Person des Einsenders informiert hat. Wenn aber tatsächlich ein Mitglied des Staatsministeriums den Artikel wenn auch nicht verfaßt, so doch inspiriert haben sollte, dann wird bald das letzte Stündlein seiner Amtsherrlichkeit geschlagen haben, denn bei dem Einfluß, den die Agrarier dank der Dreiklassenschmach im preußischen Landtag haben, werden sie es an rücksichtslosem Vorgehen nicht fehlen lassen. Man darf wirklich gespannt darauf sein, wie die Angelegenheit sich weiter entwickeln wird, denn es ist eigentlich ganz selbstverständlich, daß die Staatsregierung auf die Anzapfungen durch den Freiherrn v. Wangenheim sich nicht in Stillschweigen hüllen kann.

Gefährdung des neuen Kaligesetzes.

Wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, ist das Schicksal des neuen Kaligesetzes, das dem Reichstag schon in der bevorstehenden Tagung vorgelegt werden sollte, sehr fraglich geworden. Ueber eine Reihe der wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes bestehen unter den Bundesregierungen erhebliche Meinungsverschiedenheiten und es besteht vorerst keine Aussicht auf Einigung. Vor mehreren Wochen hat in Berlin eine Besprechung von Vertretern der Bundesregierungen stattgefunden, die die Kalifrage zum Gegenstand hatte. Die anwesenden Vertreter der Bundesregierungen wurden mit dem vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Entwurf vertraut gemacht. Eine Reihe wichtiger Bestimmungen fand aber starken Widerspruch, und man ist übereingekommen, auf dem Wege weiterer Verhandlungen eine Einigung zu versuchen. Die stärksten Meinungsunterschiede bestehen bezüglich der geplanten Aufhebung der Karenzzeit. Das bestehende Gesetz enthält nämlich eine Bestimmung, daß ein Werk seine vollständige Quote erst nach Ablauf von 5 Jahren erhält. Ist aber der Fiskus mit einem Drittel am Werke beteiligt, so erhält es seine volle Quote sofort. Diese Bestimmung hat mit dazu beigetragen, daß die Zahl der Kaliwerke in den letzten Jahren ganz außerordentlich zugenommen hat. Die Beseitigung dieser fiskalischen Bevorzugung begegnet bei einzelnen Bundesregierungen kräftigem Widerstand, u. a. bei Baden, wo jüngst erst neue Kalilager entdeckt wurden, bei Bayern und mehreren mitteldeutschen Bundesstaaten. Auch Preußen, das ursprünglich der Aufhebung der Karenzzeit zustimmte, knüpft jetzt seine Zustimmung an die Erfüllung gewisser Bedingungen. In dem Entwurfe ist ferner eine Besteuerung der Quotenübertragung vorgeschlagen, die von einzelnen Bundesregierungen, deren Landesfinanzen an dem Gedeihen der Kaliindustrie lebhaft interessiert sind, bekämpft wird. Ueber die Erhöhung der Kaliabgaben sind die Aussichten ebenfalls noch weit auseinandergehend. Wie die Dinge jetzt liegen, erscheint es sehr fraglich, ob es gelingen wird, in absehbarer Zeit eine Einigung über die neue Kalinovelle herbeizuführen.

Bekämpfung der Animierkneipen.

Das Reichsamt des Innern will eine Novelle zur Gewerbeordnung vorschlagen, die den Landeszentralbehörden die Ermächtigung erteilt, im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Sitten besondere Vorschriften über die Zulassung und Beschäftigung weiblichen Personals in Gast- und Speisewirtschaften zu erlassen. Von einem Reichsgesetz glaubte man absehen zu sollen, weil die Landessitten in den einzelnen Teilen des Reiches derart verschieden sind, daß eine einheitliche Regelung durch ein Versicherungsgesetz nicht angängig erschien.

Weiter rüsten!

In England hat kürzlich ein Rundflug stattgefunden, für den die imperialistische „Daily Mail" einen Preis von 100 000 Mark ausgesetzt hatte. Der Preis ist nicht gewonnen worden, weil die hierfür festgelegten Bedingungen nicht erfüllt wurden. Immerhin ist die Veranstaltung für unsere deutschen Rüstungshetzer Anlaß genug, um wieder einmal für neue Rüstungen in Deutschland Stimmung zu machen. So schließt denn auch der Marine-Sachverständige der Täglichen Rundschau, Kapitän zur See a. D. v. Paskau, seinen Bericht über den Rundflug programmgemäß mit dem Satze:

„Deutschland hat deshalb allen Anlaß, den Ausbau unsres Marineflugwesens mit größter Energie zu beschleunigen, denn so wertvoll unsre unbestrittene Ueberlegenheit in bezug auf Marine-Luftschiffe ist, so steht es doch fest, daß wir mit ihnen allein den Ansprüchen der Engländer auf die Vorherrschaft in der Luft auf keinen Fall zu begegnen vermögen."

Es ist nett von dem Herrn Marine-Sachverständigen, daß er wenigstens vorläufig noch die „unbestrittene Ueberlegenheit" Deutschands im Marine-Luftschiffwesen zugibt. Die Erkenntnis wird aber sicher nicht lange vorhalten und vielleicht können wir morgen schon in der Post von irgendeinem anderen „Sachverständigen" den Klipp und klaren Nachweis geführt sehen, daß das Ausland uns heute schon weit überlegen ist.

Über die Winterarbeit des Reichstags

hat die „Parlamentarische Korresp." eine Aufstellung gemacht. Danach würde sich der Reichstag zu beschäftigen haben mit der Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, mit einem Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonial-Gerichtshofes, mit der Einschränkung des Hausierhandels und mit der Bestellung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht. Ferner liegt dem Bundesrat vor: Eine Novelle zur Gewerbeordnung, über die Neuregelung der Konzessionen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, sowie ein Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens gegen Reichsbeamte. In Vorbereitung sollen sich befinden: ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und dem britischen Reich, ein Luftrechtgesetz, ein Reichstheatergesetz, eine Vorlage über das Waffentragen, eine Novelle zum Kaligesetz und eine Neubearbeitung des Abschnitts der Gewerbeordnung über das Handwerk, ein Gesetzentwurf über Aufbesserung der Altpensionäre, ein Gesetz über die Konzessionen der Buchmacher, ein Gesetz über die Haftpflicht der Eisenbahn, eine Abänderung des Wechselrechts und ein Entwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangestellten. Neben diesen hier aufgezählten Arbeiten kommt natürlich der Etat in Frage, der dem Parlament einen guten Teil seiner Arbeitszeit wegnimmt. Für Initiativanträge und für die Wünsche und Forderungen aus dem Volke bleibt da wieder herzlich wenig übrig.

Herbsttagung des preußischen Landtags.

Wie die „Tägliche Rundschau" aus Regierungskreisen erfährt, wird die Entscheidung darüber, ob der Landtag zu einer Herbsttagung einberufen werden solle, erst Ende September fallen. Einzelne Regierungsstellen haben Bedenken gegen eine derartig ausgedehnte Session, weil die üblichen Arbeiten unter der Parlamentstätigkeit der Regierungsvertreter sehr zu leiden haben.

Personalwechsel im Auswärtigen Amt.

Wie mitgeteilt wird, soll der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Zimmermann, demnächst zum Botschafter und zwar für Tokio ernannt werden. Als sein Nachfolger im Auswärtigen Amt wird der jetzige Gesandte in Buenos-Aires, Freiherr Bussche-Haddenhausen, genannt.

Der Amtsschimmel bei der Reichsregierung.

Der Reichstag hat in den Etat für 1913 zirka eine Viertelmillion Mark eingestellt, aus welcher Summe diejenigen Familien eine Unterstützung erhalten sollen, die mehr als drei Söhne beim Militär haben. Nachdem diese Summe bewilligt war, glaubten natürlich die in Frage kommenden Familien, sie könnten ihre Ansprüche geltend machen. Der „Reichsanzeiger" belehrt diese Illusionisten jetzt eines Besseren, indem er schreibt:

„Durch einen Nachtrag zum Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1913 ist der Betrag von 240 000 Mk. bereitgestellt zu Aufwandsentschädigungen an solche Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffiziere oder Gemeine genügt haben oder noch genügen, und zwar in Höhe von 240 Mk. für das Jahr während der gleichen gesetzlichen Dienstzeit eines jeden weiteren Sohnes in denselben Dienstgraden. Aus diesem Anlaß laufen bereits jetzt bei den Behörden zahlreiche Gesuche um Gewährung dieser Aufwandsentschädigung ein. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß derartige Anträge zurzeit zwecklos sind, da Bewilligungen aus dem Fonds erst dann erfolgen können, wenn seitens des Bundesrats die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen sind. Diese Ausführungsvorschriften, in denen auch insbesondere darüber Bestimmung getroffen werden wird, an welche Stellen die Anträge zu richten sind, befinden sich in Vorbereitung und werden dem Bundesrat bei seinem nächsten Zusammentreten zur Beschlußfassung vorgelegt werden."

Man hätte eigentlich von den in Frage kommenden Stellen erwarten dürfen, daß sie sich über die Ausführung der Maßregel klar waren, als in den Etat die 240 000 Mark eingestellt wurden. Aber es handelt sich ja nicht um neue Kanonen und neue Militäreinrichtungen, die in der Regel schon lange in Bestellung gegeben sind, ehe noch die Summe dazu bewilligt wurde; hier handelt es sich um kleine Entschädigungen an Familien, die vom Militarismus besonders hart getroffen werden und da braucht der Amtsschimmel nicht aus seinem gemächlichen Trott herauszugehen.

Ein unerhörtes Vorgehen.

Die Regierung von Elsaß-Lothringen hat dem französischen General a. D. Didio und dem früheren französischen Geniekapitän Wölffl die Aufenthalts-Erlaubnis im Reichslande verweigert. Die beiden Offiziere sind Elsässer von Geburt, Wölffl besitzt umfangreiche Güter im Elsaß, auf denen er bis jetzt alljährlich einige Zeit verbrachte.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß in solcher provokatorischen und verletzenden Weise gegen Leute vorgegangen wird, die jenseits der schwarz-weiß-roten Pfähle wohnen. Es wird die höchste Zeit, daß den Hetzern und Friedensstörern, die in der elsaß-lothringischen Regierung hausen, das Handwerk gelegt wird.

Frankreich.

Eine Nachwahl. Der Präsident der Armeekommission der Deputiertenkammer, Herr Le Herisse, ein gemäßigter Radikaler, hatte sich bei einer Ersatzwahl in den Senat wählen lassen, weswegen am Sonntag eine Nachwahl vorgenommen werden mußte. Le Herisse vertrat die reaktionäre Stadt Rennes, wo traditionell zwischen „Republikanern" und „Reaktionären" um das Mandat gerungen wurde. Die Sozialisten stellten 1910 zum ersten Male einen eigenen Kandidaten auf. Es erhielten damals Le Herisse 9159 Stimmen, ein Klerikaler 6575 und der Sozialist 1891 Stimmen. Diesmal verzichteten die Klerikalen und Monarchisten von vornherein auf eine eigene Kandidatur. Sie traten für den „republikanischen" Kandidaten ein, der so eine Art vaterländischer Kandidat wurde. Freilich hatte ihnen der „republikanische" Kandidat diese Uneigennützigkeit leicht gemacht. Von einem Wahlkampf war unter diesen Umständen keine Rede, kaum die Hälfte der Wähler ging zur Urne. Und so wurde der „Republikaner" mit 11 367 gegen 1419 sozialistische Stimmen gewählt. Die Teilnahmlosigkeit der Wähler gegenüber der patriotischen Berschwommenheit ist selbst für eine so reaktionäre Stadt wie Rennes charakteristisch.

Portugal.

Beunruhigende Nachrichten über den Ausbruch einer neuen Revolution sind in Paris eingetroffen. Die Monarchisten sollen eine weitverzweigte Verschwörung in die Wege geleitet haben. Es bleibt abzuwarten, ob etwas Wahres an diesen Meldungen ist.

Balkan.

Trotz den bevorstehenden Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien besetzen die türkischen Truppen immer weiter bulgarisches Gebiet. Auf dem rechten Ufer der Maritza besetzten sie außer Kirdschali, Mastanli und Gümüldschina auch die Ortschaft Sufli und konzentrierten in der Umgegend der Dörfer Mezek und Beschtepe über 12 000 Mann. Weiter stehen zwei Kompagnien auf den Höhen südlich von Oktschakrig, irreguläre Infanterie und Kavallerie in der Umgegend von Dodha-Hissar und weiter irreguläre Truppen östlich von Yahli. Kavalleriepatrouillen streifen die ganze alte Grenze entlang. Gümüldschina wurde durch Irreguläre in Stärke von 2000 Mann eingenommen, die am 29. August in die Stadt eindrangen. Die Offiziere verboten sofort jeden Verkehr mit der Außenwelt. In Topali, nordwestlich von Gümüldschina, bildete sich eine Bande, die in den Dörfern der Umgebung Straßenräubereien verübt. Am 31. August rückte türkische Infanterie und Kavallerie von Gümüldschina gegen Xanthi vor und besetzte die Stadt. Das neunte bulgarische Kavallerieregiment, das hier in Garnison lag, erhielt den Befehl, jeden Kampf mit den türkischen Truppen zu vermeiden. Trotzdem sah sich das Regiment genötigt, mit der türkischen Infanterie, die ihm dicht auf dem Fuße folgte, Schüsse zu wechseln. Irreguläre Banden marschieren in der Richtung auf das Dorf Sinkowo. Ein weiteres Auftreten von Banden wird aus der Gegend westlich von Xanthi gemeldet.

Auf die Hafenstadt Dedeagatsch, die auf Wunsch der Bulgaren von den Griechen provisorisch besetzt war, spekulieren jetzt auch die Türken. Gestern ist nämlich die Frist, bis zu welcher die Griechen die Stadt besetzt halten sollten, abgelaufen. Nunmehr will die griechische Regierung die Frage von Dedeagatsch vor das Forum der Mächte bringen, wie aus folgendem Telegramm aus Athen hervorgeht: Gegenüber den Gerüchten, die Türken hätten Dedeagatsch besetzt und das griechische Küstenpanzerschiff „Spetzai" versenkt, wird mitgeteilt, daß türkische Schiffe vor Dedeagatsch erschienen, aber nachdem sie gesehen hätten, daß griechische Kriegsschiffe dort waren, wieder abgefahren seien. Der Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Venizelos beschloß, in einer Note von den Mächten die Regelung der Frage der Besetzung von Dedeagatsch zu erbitten, da die Räumungsfrist abgelaufen sei und die Flotte sich unter Dampf befinde.

China.

Der Bürgerkrieg soll nun ziemlich beendet sein. Nanking ist durch die Regierungstruppen genommen, und auch in Wuku haben die „Rebellen" gegen eine von den dortigen Kaufleuten gezahlte Entschädigung von 30 000 Dollars die Waffen niedergelegt. Damit wäre die Regierung Herrin der Situation.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 4. September.

Das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis Lübeck ist während der Abwesenheit des Genossen Bromme — vom 4. bis 26. September — geschlossen. Die dringendsten Geschäfte des Vereins werden während dieser Zeit mittags von 12—1 Uhr in der Redaktion des „Lübecker Volksboten", Johannisstraße 46, Hinterhaus, durch den Genossen P. Löwigt, und abends von 7—8 Uhr durch Genossen Gustav Ehlers, Hürstraße 110, erledigt.

Der Bürgerausschuß hielt gestern die erste Sitzung nach den Ferien ab. Mit nicht weniger als 34 Senatsanträgen resp. Kommissionsberichten hatte man die Tagesordnung belastet. Natürlich wurden nicht alle erledigt. Mitgenehmigt resp. zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfohlen wurden folgende Senatsanträge: Herstellung einer Einfriedigung der Holzlägerplätze im Gebiete des Seehafens zwecks Verminderung der Feuersgefahr. (Kosten 3500 Mark.) Anteil des Staates an der Instandsetzung des Hauses Königstraße Nr. 34. (Kosten 1710 Mk.) Voranschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1913/14. Arealverkauf an der Dorfstraße. (1000 qm zum Preise von 1,50 Mark pro qm an die Familie des Gärtners Strunck.) Verkauf des früheren Armenkatens in Genin an den Arbeiter Fritz Jacobsen in Neukoppel. Kaufpreis 2050 Mark. Verkauf der ehem. Schröderschen Erbpachtstelle, Artikel 16, Moorgarten, an den Arbeiter Carl Schlichting daselbst. (Kaufpreis 3500 Mark.) Uebertragung des freien Eigentums an einer in Kronsforde belegenen Parzelle an den Milchhändler K. G. A. Frosch. Verkauf von Staatsareal in Niendorf an den Gärtner C. C. H. M. Kadow daselbst. (1000 Quadratmeter zum Preise von 2 Mark pro qm.) Gewährung einer Altersunterstützung von jährlich 416 Mark an den Hilfsarbeiter auf dem Teerhofe August Hinrich Möller. Gewährung einer Altersunterstützung von 600 Mark jährlich an den nichtpensionsberechtigten Bureaugehilfen bei dem Amtsgerichte Maximilian Huppmann. Errichtung einer Sekretärstelle beim Stadt- und Landamt. Einrichtung einer elektrischen Lichtanlage im Siechenhause. (Kosten 1066 Mk.) Festsetzung der Bauweise für die Matthäistraße. Instandsetzung und Pflege der Baumpflanzungen im Eingemeindungsgebiet. (Kosten 960 Mk.) Ausbesserung der beiden am großen Teich des Stadtparkes befindlichen Brücken. (Kosten 917,51 Mk.) Bewilligung von 800 Mk. zum Besuch der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig durch mittlere technische Beamte der Baudeputation. Ausbau des Töpferweges. Legung von elektrischen Kabeln in dem an der Lilienstraße vorbeiführenden und auszubauenden Teile des Seitenweges der Finkenstraße. Legung einer Gashauptrohrleitung vom Moislinger Baum bis zur Brauerei Lück. Nachbewilligung von 8684,86 Mark auf die Ausgaben der Straßenbahnverwaltung für Erweiterungsbauten. An besondere Kommissionen verwiesen wurden die Senatsanträge auf Erlaß eines Gesetzes betreffend die Gesindekrankenkasse und Erweiterung des Schlachthofes. Die Senatsanträge betr. Nachbewilligung von 5804,71 Mark auf die Ausgaben der Verwaltung des Kurortes und Seebades Travemünde im Rechnungsjahre 1912; Nachbewilligung von 22 105,84 Mark auf die Betriebskosten der Heilanstalt Strecknitz im Rechnungsjahre 1912; Nachbewilligung von 25 761,85 Mark auf die Ausgaben der Oberschulbehörde im Rechnungsjahr 1912, wurden auf Antrag von Schack der Kommission zur Vorprüfung der Senatsanträge, betreffend Nachbewilligungen auf budgetmäßige Ausgaben im Rechnungsjahre 1912, mit überwiesen.

Die Modernisierung der Lübecker Straßenbahn. Dem Bürgerausschuß lag gestern folgender Senatsantrag zur Begutachtung vor: Als der staatsseitige Ankauf der Straßenbahn in Aussicht genommen war, wurden die damaligen Anlagen von drei sachverständigen Gutachten auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Das Urteil ging dahin, daß die Gleise und Betriebsmittel zwar nicht voll den Anforderungen der Jetztzeit entsprächen, daß die Bahn aber sonst in einem durchaus betriebsmäßig sicheren Zustand sei. Um die für notwendig angesehene Modernisierung durchzuführen, erachtete man damals einen Betrag von 150 000 Mk. für erforderlich. Die Erfahrung der letzten vier Jahre, während welcher Zeit die Bahn sich in städtischer Regie befindet, hat gezeigt, daß die derzeitige Beurteilung der Anlagen den Tatsachen entspricht. Trotz der erheblich gesteigerten Inanspruchnahme von Schienen, Oberleitung und Wagen ist irgend eine nennenswerte Schwierigkeit oder gar größere Störung im Betriebe nicht eingetreten. Dies ist um so bemerkenswerter, als von den ursprünglich in Aussicht genommenen 150 000 Mk. für die Modernisierung des Betriebes nach einer weiteren eingehenden Prüfung nur 80 000 Mk. beantragt und durch Rat- und Bürgerschluß vom 24. Oktober 1910 bewilligt sind. Auf diese 80 000 Mk. sind nun für die Neubeschaffung von drei Motorwagen und den Umbau von drei Anhängewagen in Motorwagen rund 61 000 Mk. angewiesen worden, so daß für die eigentliche Modernisierung nur etwa 19 000 Mk. übrig bleiben. Die Kosten für die Beschaffung der drei Motorwagen und für den Umbau der drei Anhängewagen gehören jedoch nicht auf das Modernisierungs-Konto, sondern sie stellen eine Vermehrung der Betriebsmittel dar, die, wie alle Vergrößerungen, auf Anleihemittel anzuweisen sind. Die Modernisierungsarbeiten sind nunmehr abgeschlossen. Sie bestehen im wesentlichen in dem Umbau der Wagen und der Oberleitung vom Rollensystem in Bügelbetrieb, in der Anbringung der Glasvorbauten bei den alten Wagen, im Einbau von elektrischen Weichen, soweit sie nicht neue Linien betreffen, in Verbesserung der Kabelverteilung usw. Bei äußerster Beschränkung aller Ausgaben haben diese Modernisierungsarbeiten für 82 264,49 Mk. ausgeführt werden können. Die Überschreitung von 2264 49 Mk. über die seinerzeit als notwendig erachteten 80 000 Mk. ist lediglich durch die höheren Anschaffungskosten der Kabel infolge des stark gestiegenen Kupferpreises eingetreten. Sie wird bei der demnächst erfolgenden Abrechnung sämtlicher bisher vollendeter Neubauten usw. besonders nachbewilligt werden müssen. Der Senat beabsichtigt hiernach, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß die Kosten für die Beschaffung von drei neuen Motorwagen für die Straßenbahn im Betrage von 41 314,10 Mk. und die 20 309,20 Mk. betragenden Umbaukosten von drei Anhängewagen in Motorwagen, zusammen also 61 623,30 Mk., nachträglich auf Anleihemittel angewiesen werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft.

Ein Pump von drei Millionen. Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte hat sich bereit erklärt, dem Finanzdepartement ein Darlehn von 3 000 000 Mk. zu gewähren. Das Finanzdepartement hat den Abschluß des Vertrages empfohlen. Der Senat, mit dem Finanzdepartement einverstanden, beabsichtigt daher, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, das Angebot der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte vom 5. August 1913, betreffend die Gewährung eines Darlehns von 3 000 000 Mk., anzunehmen. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage durch die Bürgerschaft.

Der neue Gesandte. Das Amtsblatt veröffentlicht heute folgende Bekanntmachung: Die Senate von Lübeck, Bremen und Hamburg haben beschlossen, den Hanseatischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Königlich Preußischen Hofe Dr. Karl Peter Klügmann seinem Antrage gemäß zum 1. Oktober 1913 in den Ruhestand zu versetzen und zu seinem Amtsnachfolger den Kaiserlichen Geheimen Oberregierungsrat Dr. Karl Sieveking in Berlin ernannt.

Das Pflästerchen. Nachdem Herr Senator Dr. Fehling den hanseatischen Gesandtenposten in Berlin nicht erhalten hat, ist der Senat bemüht gewesen, ihm den Schmerz darüber, soweit es ging, zu lindern. Heute wird nämlich amtlich bekannt gemacht: Der Senat hat beschlossen, den bisherigen stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Senator Dr. Fehling vom 1. Oktober 1913 ab zum Bevollmächtigten Lübecks zum Bundesrat und vom gleichen Zeitpunkte ab zu seinem Stellvertreter den Hanseatischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim Königlich Preußischen Hofe Dr. Karl Sieveking zu ernennen.

Die Schlachter hielten hier am 27. August eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab in der Kollege Fiedler-Kiel über „Innungsmeisterliche Gesellenfürsorge im Lichte der Wahrheit" sprach. In treffender Weise wies Redner den Erschienenen nach, darunter auch der geladene Innungsvorstand, daß alle Gesellenfürsorge der Schlachtermeister eitel Dunst sei, daß nur dort solche vorhanden sei, wo sie nichts koste. Selbst die vom Gesetzgeber gewollte und gesetzlich festgelegte Fürsorge (siehe Sonntagsruhe usw.) gehe den Schlachtermeistern noch zu weit, da sie ihnen den dreimalgeheiligten Profit schmälere. Aus letzterem Grunde wehre man sich auch ganz besonders gegen die Abschaffung des Kost- und Logiswesens, Verkürzung der Arbeitszeit, usw. Der Profit geht ihnen eben über die tausende arbeitslosen Gesellen, über die Krankheiten und sonstige Schäden, die diese sich durch die lange Arbeitszeit zuziehen. Den gelben Organisationen verspricht man allerhand billige und wohlfeile Verbesserungen und hält zuguterletzt diese noch nicht mal ein, wohl wissend, daß von dieser auf ihr Streikrecht verzichtende Afterorganisation kein Druck wegen Einhaltung gegebener Versprechen auf sie ausgeübt werden kann. So lange die Schlachtermeister einen solchen Druck nicht zu fürchten haben, so lange werden sie auch in punkto Gesellenfürsorge 5 grade sein lassen. Nur dem Zentralverband der Fleischer mit seiner hinter ihm stehenden Konsumentenmacht wird es gelingen, tatsächliche Besserung der Arbeitsverhältnisse auf allen Gebieten zu erringen. — Die Diskussion eröffnete Meister Paatsch mit der Behauptung, daß die Ueberarbeit an Sonntagen an der Kundschaft liege, da sie immer so spät bestelle. Kost und Logis wollten die Gesellen gar nicht außer dem Hause haben, denn, wollten sie sich dann satt essen, dann müßten sie mindestens einen Wochenlohn von 35—40 Mark haben. In bezug auf die gesundheitlichen Schäden und deren Ursachen stimmte er mit dem Referenten überein. — Nunmehr trat der neugewählte Vorsitzende der Gelben, Geihner mit Namen, auf, der, statt wie alle anderen Redner, auf die Tagesordnung einzugehen, eine Schimpfkanonade auf den Zentralverband eröffnete. Der Gelbe Rehwold gab selbst zu, wie viel besser es ihm außer Logis als im Hause des Meisters gefalle, bezweifelte aber, daß dafür junge Kollegen Verständnis haben. Wendt, seines Zeichens Vize bei der Firma Paetau, schob die lange Sonntagsarbeit und die sonstigen Mißstände auf die Gesellen selbst. Ein Kollege geißelte dann die Verhältnisse auf dem Lübecker Schlachthofe. Eine meterlange, unleserliche Schlachthofordnung kennzeichnete er gebührend und wünschte in deren Stelle eine solche mit dem einzigen Paragraphen: „Gleiches Recht für alle!" Die Bestimmungen werden überhaupt nicht beachtet. Jeder schlachte trotz Schlachthofordnung wann er will, ohne Rücksicht auf die Beschäftigten. Kollege Rypl ging nun ausführlich auf die Ueberarbeit an Sonntagen ein. Bezeichnend für die Brüderschaftsgesellen sei, daß sie bei einer Umfrage das Ausfüllen der Fragebogen verweigerten. Das lasse vermuten, daß sie unter noch weit schlechteren Verhältnissen arbeiten, sich aber schämen, dies zu gestehen. Vermietet ein Einwohner Lübecks ein Zimmer, so hat er vorher wegen Kontrolle der Polizei Anzeige zu machen. Für die Schlachtermeister kommt aber diese Vorschrift nicht in Frage, sie können alle möglichen Räume an ihre Gesellen vermieten. Dem Meister Fröhlich waren die vom Referenten berechneten Profite der Schlachtermeister beim Logiswesen in die Kröne gefahren. Er zweifelt die Berechnung an und behauptet, daß trotz aller angeführten Tatsachen in Lübeck die besten Verhältnisse seien. Meister Schober, als Mitglied der Schlachthofsdeputation, wies auf den stattfindenden Umbau des Schlachthofes hin. Wir sollen dies erst abwarten und wenn dann noch Mängel vorhanden sind, uns beschweren. Nachdem nun noch eine ganze Anzahl Redner Einzelheiten ausführlich besprochen hatten und der Referent das Schlußwort erhalten sollte, versuchte der gelbe Schriftführer Rehwold wieder den bekannten Trick mit der gelben Resolution. Diese war natürlich schon bei Beginn der Versammlung, vielleicht auch eher fertig, doch erst zum Schluß brachte man so viel Mut zusammen, sie einzubringen. Die Resolution besagte, daß der gesetzliche Vertreter der Gesellenausschuß und die einzige für die Lübecker Kollegen in Frage kommende Gewerkschaft der gelbe Bund sei. Man verlangte begreiflicherweise sofortige Abstimmung, worauf zum größten Leidwesen der Brüderschaftler nach den parlamentarischen Gepflogenheiten die Versammlungsleitung natürlich nicht eingehen konnte, sondern dem Referenten erst das Schlußwort gab. Nach kurzem Eingehen auf die wichtigsten in der Diskussion zutage getretenen gegenteiligen Ansichten wandte sich Redner scharf gegen die Resolution. Der Trick der Einbringung, so daß kein Diskussionsredner darauf eingehen konnte und das Verlangen sofort darüber abstimmen zu lassen, kennzeichne wiederum mal den parlamentarischen Anstand der Gelben. Ordinäre und andere Zwischenrufe, immerwährende Tumulte scheinen die geistigen Waffen der Lübecker Gelben zu sein. Die Vorhaltung ihres Spiegelbildes und die ausführliche Begründung der Ablehnung der gelben Resolution verursachten bei den Gelben eine solche Wut, daß sie den Referenten dauernd und in solcher Weise unterbrachen, daß er oft minutenlang aussetzen mußte. Das Schlußwort zog sich dann unter solchen Umständen natürlicherweise bis gegen 1½ Uhr hin. Die Reihen der Gelben lichteten sich so nach und nach, da die anständigen unter ihnen sich vor den Exzessen ihrer Gesinnungsgenossen zu ekeln schienen. Nach dem kräftigen Appell des Referenten die Resolution abzulehnen erfolgte die Abstimmung, welche einstimmige Ablehnung zur Folge hatte. Unter den Umständen hatten selbst die anwesenden Brüderschaftler nicht mehr den Mut für ihr Machwerk zu stimmen.

In Krämpfe gefallen war in der Nacht zum Mittwoch in der Nähe der Klappbrücke ein junger Mensch. Auf polizeiliche Anordnung wurde er in seine elterliche Wohnung gebracht.

pb. **Verschwundene Stiefel.** Am 1. ds. Mts. sind einem Arbeiter in einer hiesigen Fabrik 1 Paar schwarze Schnürstiefel abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Entwendetes Maurergerät.** Vor ca. 14 Tagen sind aus dem Neubau der Firma R. Karstadt 1 Maurerkasten, 1 Hammer, 1 Schaufel und 1 Kelle abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Eine Uhr gestohlen.** Am 26. August d. J., in der Zeit von 9½ Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags ist einem Dienstmädchen im Kurhause zu Travemünde eine goldene Damenschlüsseluhr gestohlen worden. Auf dem Deckel der Uhr befindet sich als Verzierung ein Kranz. Das Uhrglas ist entzwei.

pb. **Kleiderdiebstahl.** Aus einem Hause der Breiten Straße ist am gestrigen Vormittage ein fast neuer hellgrauer, großkarrierter Jackettanzug abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht vom 2. auf den 3. d. M. ist in der Rönnauer Mühle ein Einbruchsdiebstahl verübt worden, wobei den Tätern 8—10 Mk. Bargeld, eine Nickeluhr, auf deren Zifferblatt die Buchstaben A. B. in lateinischer Schrift stehen und ein von einem Geldschrank abgebrochener, zum Öffnen dienender Messingknopf in die Hände gefallen sind.

Frische Seefische bringt die Fischhandlung von Gebr. Freitag in Hamburg in der hiesigen Markthalle zum Verkauf. Beim Einkauf sind noch Fischkochbücher zu haben.

„Cines" Hansa-Theater, Lübeck. Aus dem Direktionsbureau wird uns berichtet: Das bei Publikum und Presse mit großem Erfolg aufgenommene Eröffnungsprogramm kann nur mehr heute Donnerstag gegeben werden. Morgen Freitag ist allgemeiner Programmwechsel, unter Vorführung durchwegs neuer, in Europa noch nicht gezeigter Variete-Schlager. Jede Variete-Nummer hat in Amerika, dem Lande der Variete-Sensationen Aufsehen erregt. Mit diesem kolossalen Variete-Programm bringen wir unsere renommierten künstlerisch wertvollen Lichtbilder.

Sommertheater. Man schreibt uns: Mittwoch trat Herr Langedorf zum erstenmal hier als Puppchen auf und erzielte einen durchschlagenden Erfolg. Viele Nummern mußten da capo gesungen werden. Freitag abend werden die Melodien vom „Filmzauber" zum letztenmal in Lübeck erklingen. Das Interesse für „Gabriel Schillings Flucht" ist ein großes. Sonntag ist „Puppchen" zum vorletzten Male.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1) Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 5. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3½ Uhr nachmittags Schwartauer Allee 44a statt.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 5. d. Mts., von 5—8 Uhr nachmittags, im Lokale der Frau Pinkert, Gasthof „Transvaal", statt.

Ratzeburg. Unregelmäßigkeiten sind durch den Verbandsrevisor bei der hiesigen Filiale der Landwirtschaftlichen Genossenschaftskasse in Kiel entdeckt worden. Es sollen viele Handwerker geschädigt sein. Ein hiesiger Uhrmacher und Senator, der Mitglied des Aufsichtsrates war, ist plötzlich gestorben.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Hamburg. Genosse Otto Stolten der Nachfolger Bebels. In einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung des Ersten Hamburger Wahlkreises, der mit einer kurzen Unterbrechung drei Jahrzehnte lang von unserem Bebel im Reichstag vertreten war, beschäftigte man sich am Mittwoch abend mit der Frage der Nachfolge Bebels. Genosse Redakteur Otto Stolten hatte das einleitende Referat übernommen, und seine trefflichen Ausführungen, in denen er die Entwicklung der Sozialdemokratie sowohl wie des Parlamentarismus und dessen Bedeutung zeichnete, waren erfüllt und durchdrungen von der Erinnerung an das, von der Würdigung dessen, was Bebel für die Sozialdemokratie, für das Proletariat getan und gewesen. Ihn zu ersetzen sei unmöglich, keiner könne das, wer es auch immer sei. Und als man ihm, dem Redner, den Wunsch unterbreitet habe, die Kandidatur anzunehmen, da habe er schwer mit sich gekämpft. Einmal sei es nicht leicht, sich mit 60 Jahren in neue Verhältnisse einzuleben, dann aber auch, und das sei das Schwerste, sich in Vergleich stellen zu lassen mit einem Mann wie Bebel. Weil es aber überhaupt niemand in der Partei gebe, der ihm an die Seite zu stellen sei, und er Redner, hier in Hamburg ja nicht ganz unbekannt sei, habe er dem Drängen seiner Freunde und den Vertrauensleuten nachgegeben und sich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen, wenn die Versammlung sie ihm übertrage. Und als er tiefbewegt schloß, daß er sein ganzes Können einsetzen wolle, im Sinne Bebels zu wirken, so weit das in seinen Kräften stehe, da löste er stürmischen Beifall aus. Ohne Widerspruch, gleichfalls unter stürmischem Beifall und Bravorufen wurde er darauf zum Kandidaten ernannt. Genosse Gruenwald schloß mit den anfeuernden Worten: Der Kämpfer fiel, doch der Kampf geht weiter; sorge jeder dafür, daß die Hoffnungen der Gegner zuschanden werden und wir mit einer ebenso großen Übermacht siegen, wie bisher!

Altona. Die treue Magd des Kapitals. Die Kirche vermag noch immer nicht zu begreifen, daß sie hierzulande in den sozialen Kämpfen ausgespielt hat. Die Lutherischen machen immer wieder Ansätze, um zu beweisen, daß sie den Herrschenden auch so wertvolle Dienste leisten können, wie die katholische Klerisei. Es mangelt ihnen aber schon an dem einen, das vor allem not ist, dem einheitlichen, streng organisierten Vorgehen. Die einen wollen sich klug in die Seelen der Arbeiter einschmuggeln, indem sie scheinbar ihrer politischen Betätigung nichts in den Weg legen, um sie dann um so sicherer für das Evangelium der Eselsgeduld zu gewinnen. Die anderen Heiligen sind ihren Kumpanen, den Rittern, mehr verwandt. Sie wollen durch plumpen Eifer und streng nationale Frömmelei die getreuen Untertanen vor den Mühen des Teufels bewahren. Zu ihnen gehört der Pastor Lensch aus Flensburg, der kürzlich auf der Pinneberger Propstsynode einen Vortrag hielt: Welche Aufgaben erwachsen unserer Kirche aus der gegenwärtigen Arbeiterbewegung? Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Leitsätzen: „1. So lange unsere Kirche Landeskirche ist, hat sie die Verpflichtung, für die Seelen des ganzen ihr anvertrauten Volkes so zu sorgen, daß jeder einzelnen Seele die Möglichkeit gegeben ist, Gottes Wort und Sakrament zur Seligkeit zu gebrauchen. Apostelg. 20, 28—32. 2. Diese Möglichkeit besteht für weite Kreise unseres Volkes tatsächlich so gut wie nicht mehr. 3. Drei Mauern, durch welche große Teile unseres Volkes von dem Einfluß der christlichen Gedankenwelt abgesperrt worden sind: a) die sozialdemokratische Presse, welche die materialistische Gedankenwelt rücksichtslos verbreitet, b) die sozialdemokratische Organisation durch die Partei, die Konsumvereine und die freien, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften, c) die sozialdemokratische Volksfürsorge. 4. Es ist nicht die eigentliche Aufgabe der Kirche, die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Sozialdemokratie zu bekämpfen, aber es ist ihre Pflicht, sich in solcher Weise sozial auszubauen, daß auch der Arbeiterstand zu ihr Vertrauen gewinnt und ihre ewige Botschaft annimmt. 5. Dazu ist nötig: a) eine auf dem Grund von Vaterlandsliebe und Gottesfurcht stehende Presse die für die sozialen Nöte unserer Zeit ein Auge hat, b) eine über unser ganzes Land verbreitete auf Vaterlandsliebe und Gottesfurcht ruhende Organisation der noch nicht sozialdemokratischen Volkskreise in Volkswohlvereinen, evangel. Arbeitervereinen auf dem Lande und in der Stadt, christl. Gewerkschaften, in die auch die nationale Jugendpflege auszumünden hat, c) Anschluß an die nationale Volksversicherung. 6. Diese Arbeit ist der Kampf um die Seele unseres Volkes — rechteigentlich innere Mission". Die Synode hat sich der Auffassung des Pastors Lensch angeschlossen und ein paar Hundert Mark für den großen Kampf bewilligt. — Der Sozialdemokratie wird es angst und bange werden, wenn Pastor Lensch mit seinen Getreuen anrückt, den Räucherkessel der Traktätchenpresse in der Linken und das Holzschwert der nationalen Volksversicherung in der Rechten. Wir sehen die Zeit kommen, wo man die roten Proletenkinder durch den Schreckruf zähmen wird: Wehe, wehe, Pastor Lensch steht vor den Toren!

Zarrentin. Ein bedauerliches Brandunglück ereignete sich im nahen Orte Gr.-Zecher. Dort brannte eine Stall ab in dem sich eine Anzahl Dienstpferde des dort im Quartier befindlichen Trainbataillons Nr. 9 befanden. Bei dem Versuch, die Tiere zu retten, wurden vier Soldaten schwer verletzt. Sieben Pferde sind in den Flammen umgekommen.

Bützow. Eine Schafherde verbrannt. In Neu-Guemern bei Bützow wurde der Schafstall von einem Blitzstrahl getroffen und eingeäschert. Das Feuer verbreitete sich derart schnell, daß sämtliche in dem Stall befindlichen Schafe, 530 an der Zahl, in dem Feuer umkamen.

Bremen. Aus der Partei ausgeschlossen wurde auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Bremen der Steinsetzer Hermann Warnken in Arsten. W. hat als Mitglied des Gemeindeausschusses sich geweigert, an den Vorbesprechungen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter teilzunehmen, er hat gegen unsere Genossen auf Vorschlag der Bürgerlichen kandidiert und es abgelehnt, sein Mandat niederzulegen. Der Vorstand des Bezirks „Nordwest" hat W. wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen die Beschlüsse seiner Parteiorganisation ausgeschlossen. — Der Vorsitzende des Verbandes der Bremer Holzarbeiter, Ahlinger, legte, wie Wolffs Bureau meldet, sein Amt nieder, weil er vergebens dafür eingetreten ist, daß auch die Holzarbeiter nach dem Beispiel der Metallarbeiter die Arbeit auf den Werften wieder aufnehmen sollen. Die Holzarbeiter werden Donnerstag beraten, ob sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen oder nicht. — Radiumkauf. Der Senat beantragt bei der Bürgerschaft, in das Budget für 1914 die Summe von 160 000 Mk. einzustellen, die zum Ankauf von Radium verwendet werden sollen. Das Radium ist zu Heilzwecken bestimmt.

Bremerhaven. Prozeß der „Volksstimme" in Bremerhaven. Das Schöffengericht Bremerhaven verurteilte am Dienstag den verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme", Genossen Kurth, wegen Beleidigung des Böttchers Peter Martin zu 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tage Haft. Der Kläger Martin hatte während der Bewegung der Böttcher bei der Firma Reynaber als Arbeitswilliger gearbeitet. In einer Notiz, die die „Volksstimme" zu jener Zeit brachte, wurde auf diese Tatsache hingewiesen. In dieser Notiz soll nach Auffassung des Gerichts die Beleidigung enthalten sein.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen. Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Lübeck

Ahrbergs Hannoversche Wurst- u. Aufschnittwar.
täglich frisch. Königstr. 93. Fernspr. 2698.

Rudolph Gaspary Holstenst. 21. T. 2074
Atelier für moderne Blumendekorationen. Spez.: Trauerkränze und Brautschmuck. Größte Auswahl in Topfpflanzen.

Stroh- und Filzhutfabrik Bertrand
Hinter St. Petri 9
Waschen, Färben und Umpressen nach den neuesten Formen.

Fr. Bibow, Engelsgrube 57
Salzheringe aller Art.
Fischkonserven en-gros. Tel. 908.

H. Christiansen Wahmstraße 30 : Fernruf 2413 :
Flurgarderoben, Spiegel, Luxus- u. Gebrauchsmöbel. Eig. Möbeltischl.

Herm. Dose, Hundestr. 62
Roßschlächterei
Spezialität: Feine Wurstwaren.

Hamburger Kaffee-Lager
Holstenstraße 10

Essigfabrik
G. Lehmann
Alfstr. 17 — — — Telephon 902.

Löwelin
die beste Schuhcréme der Zukunft
Löwelin-Werke Otto Löwe, Kom.-Ges.

Meumann & Erdmann
Holstenstr. 2, I. Kontor-Bedarfsartikel
Continental-Schreibmaschr. Rp.-Werkstatt.

Franz Schefferling jr., Beckergrube 50.
Tel. 3202. Seilermeister Tel. 3202.
Spezialität: Angelgeräte.

Ludwig Schlüter
Beckergrube 24 :: Telephon 72
Luxusfuhrwerk, Automobilvermietung. Tag u. Nacht geöffnet.

Heinrich Tesenfitz
Königstr. 22 -:- Ecke Pfaffenstr.
Wäsche- u. Aussteuerart. aller Art.

H. Hahn Gr. Burgstr. 33 Photogr. Atelier.

W. Krahn Königstr. 48 Butter, Milch.

Fisch- und Fettwarenhandlung
H. Roßbach, Fackenburg. Allee 19b

R. Kölling Königstraße 121 Angelgeräte und Netze.

Carl Schnoor Wickedestr. 14 Fischhandlung.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.

Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Johann Dittmer Drogenstr. 12a Ecke Warend. St.
Manufakturwaren — Konfektion
Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Arbeiter- und Berufskleidg.

J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskeidung, Hüte und Mützen.

Bäckereien

G. Dose, Engelsgrube 54.

Nicolaus Groth Fein-, Grobbäckerei Alfstr. 32.

Richard Bastian, kl. Altefähre 1

P. Johannsen Konditorei Fischbrötchen 31

H. Bengelsdorf, Dankwartsgrube 41
Bäck. z. Insel., empf. ind. Frische Backw.

Betten-Geschäft

Pauline Karstadt
Carl Karstadt's Ww.
Holstenstraße 18
Erstes Spezialhaus am Platze.

Brot-Fabrik

Lübecker Central-Brotfabrik
Bch. Spangenberg & Co., G. m. b. H.
Lindenstr. 29-32 — Fernruf 256.
Auf je 10 Pfg. 2 Rabattmarken

Blumen u. Kränze

Robert Mißling
Breitestr. 55, Ecke Johannisstr.
Blumenbinderei u. Pflanzenhandl.

Herm. Schunk Fackenburg. Allee 19 Handelsgärtnerei.

Wiese, Pfaffenstr., Kränze

Brauereien

Trinkt
Adler-Biere

Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Trinkt
Kieler Schloßbräu
Vertret. für Lübeck u. Umgegend.
Fr. Kropf, Glockengießerstraße 87.

Ratzeburger Aktien-Brauerei

Trinkt Elbschloßbier

Butter und Margarine

C. Schepler
Pfaffenstraße 2
erstes Spezialhaus für
Butter
Eier — Margarine

Verlang. Sie ausdrücklich
Siegerin
Mohra
Palmato
die Elite-Margarine-Marken

Mart. Wegener
Beckergrube 31, Fleischhauerstr. 7
Billigstes Einkaufshaus für
Butter — Margarine — Schmalz
Gebe Rabattmarken.

Drogen u. Farben

Drogen u. Farben
Ferd. Kayser

Eisenwaren u. Werkzeuge

Rob. Koosmann
Beckergrube 34, Tel. 1210
Werkzeuge für sämtliche Gewerbe.
Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.

Franz Genzmer
Fackenburger Allee 10b
Fernsprecher 1031.

Emil Seidel & Co.
Burgstraße 49, Baubeschläge, Öfen, Herde, Werkzeuge.

Färberei, Chem. Reinigung

Alw. Karstadt
: Annahmestellen :
in allen Stadtteilen
Telephon 313 • Telephon 313

Färber Lehfeldt
Johannisstraße 70
reinigt und bügelt
Herren-Garderoben.

Unger & v. Deesen
Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinenhaus Sandstr. 20, I. Etage
die billigsten am Platze.

Spezial-Butter- und Margarine-Haus.
Fr. Warnecke
Breitestrasse 1—5.

Cigarrenhdlg.

Cigarren, Cigarett., Tabake, Weine
vis-à-vis dem Stadttheater, Beckergrube 7
K. Hoffmann.

Hermann Kersten
Hüxstraße 8.
Hamb. Regatta à 5 Pfg., 10 St. 48 Pfg.

Hermann Wieghorst
Am Markt • • • • Neben der Post
Ecke weit. Krambuden.

W. Bahrdt, Hüxstraße 104.

Ludw. Beth, Untertrave 6.

M. Förster, Hüxstr. 38.

Carl Froh, Untertrave 14.

Carl Hasse Dankwartsgrube 44.

E. Palow Ecke Engelswisch-, Alsheide.

Adolf Röbrich Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Otto Schlamm, Königstr. 48b.

J. Wetterich Untertrave 87 Ecke Beckergrube.

Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt

J. Brauner, Schneidermeister
Johannisstraße 56
Änderung u. Reparaturen billigst.

Fahrräder, Nähmaschinen

G. Jönsson, Fackenburger Allee 32
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt.

Fuhrwesen und Möbeltransport

H. F. Meiners
Dankwartsgrube 57/59
Möbeltransport und Lagerung
Equipagen für jede Gelegenheit
Automobile, Taxameter
Tag und Nacht Betrieb
Telephon Nr. 800.

Fleisch- und Wurstwaren

Ch. Hamann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Herm. Miljes
Schüsselbuden Nr. 30

Herm. Spangenberg
Schlachterei und Wurstfabrik
— Schwartauer-Allee 59 —

Heinrich Kronsbein
Travelmannstraße 26/28
:-: Hansastraße 95 :-:

J. Raabe, Rosenstraße 31.

Gesundheitsbrot

Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
Kaffeebrötchen und Zuckerkranken
- ärztlich empfohlen! -
Erhältlich in 50 Niederlagen.

Garten-Sämereien

Friedrich Michael
Breitestraße 49

Glas, Porzellan

ARNOLD BERG
Breitestrasse 35.

Gummiwaren

Wilh. A. C. Wessel
Breitestraße 58a
Dauerwäsche — — Wachstuche
Artikel für Krankenpflege.

Hauseinrichtung.

Heinr. Pagels
Breitestraße 91/93, Hüxstraße 6/14.
Größte Auswahl in Hausstandssachen, Öfen, Herde, Gaskocher, Gruden, Wandplatten, Spielwaren.

Herrenartikel

Heinrich Waller Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mützen.

Honig

Bienenfleiss
Deutscher Naturhonig u. Raffinade
Erhältlich in allen Nahrungsmittelgeschäften
Karl Häuer & Co. Lübeck

Hüte und Mützen

Hut-Fabrik
Adolph Dimpker, Wahmstr. 9.

Jos. Tralow, Wahmstr. 11
Inh. Ferd. Kauffeld.
Vermietg. v. Cylinder- u. Klapphüt.

Ed. Hirsekorn
: Sandstraße 20 :

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.

Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 32, Fernspr. 569
Kolonialwaren - Versandhaus
Spezialität: Kaffee
in sämtlichen Preislagen.

Carl Fr. Timm Nachf.
Glockengießerstr. 16. Teleph. 2414
Größtes
Geschäft der Lebensmittelbranche.
Butter, Konserven, Mühlenfabrikat.
Gr. Konsum. Kl. Preise.

Heinr. Beckmann, Engelsgrube 51.

Carl Hering, Aegidienstr. 37.

Korbwaren

Karl Schulmerich, Mühlenst. 28
Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052
Spz. Kinderwagen u. Korbmöbel

Kohlen

Heinr. Uter
Beckergrube 67. Fernspr. 138.

Lederhandlung

Johs. Goldt
Dankwartsgrube 60.
Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art.

Heinr. Schlüter
— Sohllederausschnitt —
Glantorpstraße 7.

Lichtspiele

Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Maßgeschäft für Herrenmoden

T. H. Rohbran
Königstrasse 74
Modern. Herrengarderob. n. Maß

Meierei

Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Mineralwasser u. Spirituosen

J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.

Verlangen Sie
Buntekuh-Kümmel

Johs. Fischer
Heinrich Holldorff's Nachfolger,
Gr. Burgstraße 17.

F. HÖPPNER
Alfstraße 11
Teleph. 2135

Mineralwasser-Fabriken

Spezialfabrik nur alkoholfr. Getränke, Sauerbrunnen, Limonaden
Dr. G. Nickell
Wakenitzstr. 6, Fernsprecher 1070.

Möbelmagazin

Hintze & Stech
Moislinger Allee 60
: Telephon 1106 :
Detail-Verkauf in der Fabrik
-:- gegen Barzahlung -:-

Herm. Rist Hunde-Str. 13.
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Musikinstrum.

Louis Rowedder
49 nur Hüxstrasse 49

Piano-Haussmann Johannisstr. 14. Billigste Preise.

Obst und Gemüse

Heinrich Warncke
Königstraße 64
Kartoffeln — Obst — Gemüse

Photographien

Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit
- billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Restaurants

Restaur. Zum Goldenen Fass und Central-Herberge
C. Schroeder, Lederstraße 3.

Robert Mihr Restaurant Moislinger Allee 57a

H. Nupnau, Fackenburger Allee 76

Tapeten, Teppich.

Schwaner & Heeschen
Königstraße 69
Möbelstoffe : ; : ;
: ; : ; Gardinen

Thüringer Wurstfabrik

Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Theater

Besucht das
Varieté International
Untertrave 63

Treibriemen u. Sattlerwaren

H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Uhren- und Goldwaren

Ludwig Zander
Goldschmied • • • Marlesgrube 3

C. Herbst Uhrenhandlung, Repar.-Werkst. Glockeng. St. 67.

A. Matern Beckergrube 26 Schweizer Uhren.

Gust. Richter Reparaturen gut Wakenitzmauer 64

Weine

Rot-, Weiss- und Südweine
vorteilhaft bei
Kniep & Bartels.

J. H. Stooss
Engelsgrube 41/3
Weine — Liköre.

Wurst u. Aufschn.

Emil Aland
Wilhelm Schmidt Nachf.
Mengstraße 2
Wurst • • Aufschnitt
nach Art versch. Provinzen

Waschanstalten

Waschanstalt
Schneeweiß
Dankwartsgrube 13.
Lübecker Fein- u. Hauswäscherei
L. Redlien, Schützenstraße 43a.

Mölln

Brauerei zum Eulenspiegel
Gebr. Waechter.

Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Balllokal. Kegelbahn.

H. Bruns Tabak, Zigarren, Zigaretten, Bahnhofstr. 13

Schlutup

Gasthofz. Post H. Vetter Empfehlensw. Lokal.

Eutin

Adler-Drogerie Inh. N. Wohlert Plönerstr. 28.
Drogen, Farben, Photo-Artikel.
Artikel z. Kinder- u. Krankenpflege

Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugsquelle in Schuhwaren.

Schwartau

L. Schaap
Manufakturwaren und Konfektion
Aussteuerartikel, Nähmaschinen.

Adler-Drogerie Hans Grampp Farb., Kräftigungsm.

Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft

Schwart. Butterhaus C. Lorenz Lübeckerst. 7

Aug. Hartkopf Lübeckerstr. 16 Kohlen, Koks, Brik.

Wilh. Reimers Schlächter., Wurstmacherei m. Kraftb.

Stockelsdorf-Fackenburg

C. Freese Fahrräder, Nähmaschin und Reparaturwerkst.

R. Sperling Binderei, Topfpflanzen etc.

N. Junk Schuhwaren und Reparatur-Werkstatt.

M. Voß Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitsgarderoben.

G. Wackenhut, Sargmagazin.

Trinken Sie **Hartwig's „Ideal"** Kaffee
er schmeckt vorzüglich
Preislage 1.30 bis 2.— Mk., besonders kräftig Pfd. 1.30 Mk.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 207. Donnerstag, den 4. September 1913. 20. Jahrg.

Der goldene „Mittelweg“ der Deutschen Volksversicherung A.-G.

In der Berliner „Staatsbürgerzeitung“ und verwandten Blättern erschien vor kurzem ein längerer, stark tendenziös gefärbter Artikel unter der Ueberschrift: „Die Tarife der Deutschen Volksversicherung A.-G.“, in dem die Tarifpolitik dieser Gesellschaft im Vergleich zur „Volksfürsorge“ und „Oeffentlichrechtlichen“ über den grünen Klee gepriesen wurde, weil sie angeblich den goldenen „Mittelweg“ zwischen den beiden genannten Konkurrenzunternehmen eingeschlagen und damit die Ueberlegenheit ihrer Leistungen dauernd gesichert habe. Ausgehend von dem ganz richtigen Grundsatz, daß in der Lebensversicherung die längstlebenden zugunsten der frühzeitig Sterbenden erhebliche finanzielle Opfer bringen müssen, die begreiflicherweise gerade in den minderbemittelten Volkskreisen zu den häufigsten Klagen Anlaß geben, daß aber für diese Opfer ein Ausgleich geschaffen werden müsse in Form einer angemessenen Dividende, wird die selbstverherrlichende Behauptung aufgestellt, daß die „Deutsche Volk“ diesem Grundsatze vor allen anderen Gesellschaften in der vortrefflichsten Weise Rechnung getragen habe, während die „Oeffentlich-rechtlichen“ das Schwergewicht lediglich auf hohe Versicherungssummen ohne Rücksicht auf Gewinnbeteiligung, die „Volksfürsorge“ dagegen allzusehr auf die Verteilung einer möglichst hohen Dividende, wodurch die Versicherungssummen herabgedrückt würden, gelegt habe.

Daß die „Oeffentlich-rechtlichen“ mit ihren hohen Tarifsummen ein sehr zweifelhaftes Experiment gewagt haben — besonders wenn man an das klägliche Ende der „Vereinsversicherungsbank für Deutschland“ in Düsseldorf denkt, die bekanntlich mit denselben Grundsätzen ins Leben trat — ist eine Tatsache, die bereits allgemein in der Versicherungspresse scharf kritisiert worden ist. Daß sie mithin im Konkurrenzkampf gegen die „Volksfürsorge“ unterliegen und mit ihren Leistungen bedeutend zurückstehen müssen, sobald die „Volksfürsorge“ zur Aufstellung von Dividendenplänen übergehen wird, ist selbstverständlich und wird in dem erwähnten Artikel auch ohne weiteres zugegeben. Daß aber die „Deutsche Volk“ durch ihre „weit vorausschauende Tarifpolitik“ sich ihre Ueberlegenheit nicht nur der „Oeffentlich-rechtlichen“, sondern auch der „Volksfürsorge“ gegenüber dauernd gesichert habe, ist eine propagandistische Phrase, die wie eine Seifenblase zerplatzt, sobald man sich diesen goldenen „Mittelweg“ einmal etwas näher ansieht.

Zunächst bedarf die Behauptung, daß die „Volksfürsorge“ lediglich von dem Gedanken ausgegangen sei, demjenigen, der das Ende der Versicherung erlebe, möglichst viel zu bieten, und daß dieser Grundsatz besonders beim Tarif I zum Ausdruck komme, weil hier außer der Gewinnbeteiligung vom 65. Lebensjahre an noch eine 3½ % Verzinsung der Versicherungssumme eintritt, wodurch diese herabgedrückt werden muß, einer Berichtigung. Hätte der Artikelschreiber den technischen Aufbau dieses Tarifes gekannt, würde er niemals einen solchen Trugschluß ausgesprochen haben. Es ist nicht unsere Aufgabe, ihm diese fehlende Kenntnis zu vermitteln, soviel können wir aber verraten, daß die Höhe der Versicherungssumme absolut nichts mit der erwähnten Verzinsung zu tun hat.

Aber ganz abgesehen davon: worin besteht denn nun eigentlich der so sehr gerühmte goldene „Mittelweg“ der „Deutschen Volk“, in dem ihre angebliche Ueberlegenheit gegenüber der „Volksfürsorge“ begründet sein soll?

Die „Deutsche Volk“ hat im Durchschnitt etwa um 7 % höhere Versicherungssummen als die „Volksfürsorge“. Das ist wahrhaftig nicht viel. Dagegen tritt bei ihr die Gewinnbeteiligung erst mit dem fünften Versicherungsjahre ein, bei der „Volksfürsorge“ dagegen bereits mit dem zweiten. Würde man nun annehmen, daß beide Gesellschaften denselben Gewinn verteilen würden, so wäre die „Volksfürsorge“ mit drei Gewinnanteilen und deren fortgesetzter Verzinsung dauernd im Vordertreffen. Daß dadurch schon allein die etwas höheren Versicherungssummen der „Deutschen Volk“ im Laufe der Zeit überholt werden können, wird wohl jedem einleuchten. Aber — und das ist gerade des Pudels Kern — die „Deutsche Volk“ wird niemals denselben Gewinn verteilen können wie die „Volksfürsorge“; denn ihr fehlt — wie auch bereits von anderer fachmännischer Seite geschrieben wurde — die Anlehnung an eine große, gut gegliederte Organisation wie die „Volksfürsorge“ sie hat.

Das ist eben der unerreichbare Vorzug der „Volksfürsorge“ vor allen anderen Gesellschaften und gerade durch diesen Vorzug wird sie einen bedeutend größeren Bestand, eine Ersparnis an Verwaltungskosten und mithin einen höheren Gewinn erzielen, der bekanntlich ungeschmälert wieder den Versicherten zufließt.

Aus diesem Grunde wird sie auch mehr leisten können als die „Deutsche Volk“, abgesehen von den allerersten Jahren, wo die etwas höheren Versicherungssummen der letzteren noch nicht durch die günstigere Gewinnbeteiligung bei der „Volksfürsorge“ überholt worden sind. Aber der weitaus größte Teil aller Versicherungen wird ja auch nicht in den ersten Jahren fällig — bekanntlich erleben sogar ⅘ sämtlicher Versicherten den Endtermin der Versicherung — und dann reichen die Leistungen der „Deutschen Volk“ nicht im entferntesten an die der „Volksfürsorge“ heran. Schließlich ist doch nicht die Leistung am Anfang einer Versicherung, sondern die durchschnittliche während der ganzen Dauer ausschlaggebend für das Urteil über die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft.

Man sieht also: mit dem goldenen „Mittelweg“ der „Deutschen Volk“, die stark zu denselben Tendenzen wie die von ihr selbst verurteilten „Oeffentlich-rechtlichen“ neigt, ist es nicht so weit her wie in dem Artikel der „Staatsbürgerzeitung“ bramarbasiert wird.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Eine Parteiversammlung des sozialdemokratischen Vereins Köln Stadt und Land erörterte am Sonntag die Haltung der Fraktion zur Wehr- und Deckungsvorlage. Genosse Hofrichter, der Vertreter für Köln Stadt, war in der Fraktion bei der Minderheit, die gegen die Deckungsvorlage stimmen wollte. In längerem Referat legte er die Gründe für diese seine Haltung dar. In der Diskussion stellte sich Genosse Meerfeld von der „Rheinischen Zeitung“ auf den Standpunkt der Mehrheit der Fraktion. Im übrigen war er der Meinung, daß eine ausgiebige Erörterung der Steuerfrage auf dem Parteitage nottue. Die Genossen Runge und Wendler schlossen sich Meerfeld an, während die Genossen Schubarth, Fries und Wendt Hofrichter beistimmten. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt.

Preßprozeß. Vom Schöffengericht in Heilbronn ist am Sonnabend der verantwortliche Redakteur des „Neckar-Echo“, Genosse Fr. Ulrich, wegen Beleidigung eines Geistlichen zu 60 Mk. Strafe verurteilt worden. Außerdem wurde ein zweiter Genosse, der die Zeitungen mit der angeblich beleidigenden Notiz im Wohnort des Pfarrers verbreitet hatte, zu 20 Mk. Strafe verurteilt. Die Beleidigung wurde darin gesehen, daß in einem Eingesandt gesagt war, entweder habe der Pfarrer das Beichtgeheimnis gebrochen oder ein Zeuge, der etwas Derartiges behauptet hatte, habe einen Meineid geschworen. Der Pfarrer hatte sich außergerichtlich mit dem etwa als Belastungszeugen in Frage kommenden Mann verständigt und so war ein Beweis gegen den Pfarrer nicht zu erbringen. Außerdem lehnte das Gericht die Vernehmung einiger Zeugen ab, die belastend aussagen sollten.

Ein Multimillionär als „Umstürzler“. Der klerikalen „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Brüssel berichtet: „Seit acht Tagen hat der „Patriote“ erfahren und veröffentlicht, daß der bekannte „enterbte“ und „proletarische“ Multimillionär E. Solvay, der jetzt auch Deutschland mit einem eigenen großen Werke bei Mörs ausbeutet, für die Zwecke der Agitation gegen die Schulgesetzvorlage je eine halbe Million Franken seinem intimen Freunde Vandervelde und dem Radikalen Dr. Barnich, dem Organisator der antiklerikalen Straßenkundgebungen in Belgien, überwiesen habe. Diese Behauptung des „Patriote“ ist in sämtliche katholische Blätter des Landes übergegangen und vom „Patriote“ seitdem dreimal wiederholt worden mit der Herausforderung an Solvay und die gesinnungsverwandte Logenpresse, die Sache für unwahr zu erklären. Bisher hat kein einziges antiklerikales Blatt mit einer Silbe von der Behauptung des „Patriote“ Notiz genommen. Letzterer macht zum voraus Solvay mit Vandervelde und Barnich für die Straßenkrawalle verantwortlich, die während der außerordentlichen Oktobertagung in Brüssel und den andern großen Städten des Landes geplant sind, um das Schulgesetz zu verhindern.“ — Angenommen, es sei wahr, daß Solvay den Kampf der Sozialdemokratie gegen die unheilvolle Herrschaft des Klerikalismus in Belgien, die in einem neuen Schulgesetz eine neue Grundlage erhalten soll, finanziell unterstützt, so würde dieser Gebrauch, den der Multimillionär von seinem Überfluß macht, als ein guter anzuerkennen sein. Und die belgische Sozialdemokratie braucht sich dessen nicht zu schämen, zumal es sich um die Unterstützung eines Kampfes handelt, an dem nicht nur die Sozialdemokraten, sondern alle antiklerialen Kreise interessiert sind.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Berliner Linoleumleger und Teppichnäher. Am 30. August lief der vor drei Jahren abgeschlossene Tarifvertrag für genannte Arbeiter ab. Bei Einreichung eines neuen Tarifentwurfs war von den im Sattler- und Portefeuiller-Verband organisierten Arbeitern die Abschaffung des Zwischenmeistersystems vorgesehen, ferner die Einführung des Achtstundentages, Gewährung eines bezahlten Sommerurlaubs, für perfekte Arbeiter 90 Pfg. und für die neu in der Branche anfangenden Arbeiter 75 Pfg. Mindeststundenlohn, ein Lohnsatz, der in Anbetracht der nur zeitweisen aber schweren Beschäftigung eher zu niedrig, als zu hoch zu bezeichnen ist. Dem Verein der Linoleumhändler und elf Einzelfirmen sind diese Forderungen am 25. Juli zugesandt worden, worauf am 29. August eine Verhandlung stattfand, mit dem Ergebnis, 85 Pfg. Stundenlohn, Erhöhung einiger Akkordpositionen und 5 Mk. Montagezuschlag per Tag inkl. Übernachten, wohingegen Sommerurlaub und Abschaffung des Zwischenmeistersystems strikte abgelehnt wurden. Durch das Treiben verschiedener Scharfmacher, insonderheit des Vertreters der Weltfirma Quantmeyer u. Eicke wurden diese Zugeständnisse wieder zurückgezogen. Nach außen hin ließen die Unternehmer erklären, am Schluß des Jahres gehe die Preiskonvention der Linoleumhändler zu Ende und darum könnten sie einen Vertrag mit der Arbeiterorganisation nicht eingehen. Den Arbeitern wurde empfohlen, bis zum Januar

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Am Weihnachtsabend hatte er sich in seiner Wohnung einen Baum angezündet und sich dann bei einem Glase Punsch zur Lektüre einiger Bücher niedergelassen, die er sich selbst zur Christgabe gekauft hatte. Aus dem Nachbarhaus herüber klangen ihm aus frohem Kindermund die alten Weihnachtslieder, und leise summten seine Lippen die ewig-junge, ewigschöne Weise: Stille Nacht, heilige Nacht.

Am Silvesterabend, an welchem die Bureaus etwas früher als sonst geschlossen wurden, hatte Haltmann einen Spaziergang vor das Tor gemacht. Dort draußen lag die vornehme Villa eines reichen Mannes, der, wie man sich erzählte, fast das ganze Jahr über auf Reisen war und die Verwaltung des großen Besitztums einem alten Ehepaar anvertraut hatte. Weit offen stand das kunstvolle, eiserne Gartentor, und dahinter dehnte sich in schweigender, winterlicher Pracht der geräumige Garten, der an seinem Ende in einen herrlichen Park verlief. Tiefe, fast feierliche Stille lag über dem ganzen Anwesen, und wie von Geistermacht vorwärts getrieben trat Haltmann durch die Pforte hinein in dieses geheimnisvolle Reich des großen Schweigens. Langsam schritt er die breiten, wohlgepflegten Pfade entlang, an den zahlreichen Statuen vorbei, die den einsamen Wanderer aus ihrer Schneeumhüllung heraus verwundert anstarrten, bis hinein in den prachtvollen Park. Welch ergreifende Stille ringsum! Kein Laut drang vom Getriebe der Stadt hierher; kein menschlicher Schritt, kein Wagengerassel, kein Schlittengeläute erschallte von der Straße her, kein einziger Ton des Lebens — überall ein unendliches Schweigen und weltverlorne Einsamkeit.

Ergriffen blieb Haltmann stehen. Wie die Natur hier, so kam er sich selbst vor: unter den vielen Menschen einsam und menschenfern — ein gehetztes Wild. Er wußte nicht, wie lange er so in tiefem Sinnen gestanden, erst ein Ton, wie das Zuschlagen einer Tür, der von der Villa her zu ihm drang, schreckte ihn auf. Wie aus einem Traume erwachend, sah er nach dem Hause. Langsam schritt er zurück zur Straße.

Als er aus dem Tor heraustrat, grüßte ihn ein gerade f der Straße Vorübergehender. Er kannte den Mann; es war ein Dienstmann, der seinen Platz an der Ecke des Hauses hatte, in dem Haltmann wohnte. —

Drei Tage später wurde Haltmann plötzlich aus dem Bureau herausgerufen; es wolle ihn jemand sprechen. Erstaunt ging er hinaus in den Korridor, wo ihm ein Herr entgegentrat mit der Frage:

„Sind Sie Herr Karl Haltmann?“

„Jawohl!“

„Ich bin Kriminalbeamter und habe den Auftrag, Sie zu einer Vernehmung dem Amtsrichter vorzuführen.“

Haltmann prallte entsetzt zurück.

„Mich? Weshalb? Das muß ein Irrtum sein!“

„Ich bin zu keiner Aufklärung in der Lage!“ entgegnete der Beamte. „Sie wird Ihnen aber gewiß vom Amtsrichter zuteil werden!“

Wie geistesabwesend zog er seinen Ueberrock an, setzte den Hut auf und folgte dem Beamten.

„Noch eins, Herr Haltmann!“ sagte dieser. „Ich muß Sie bitten, mir den Schlüssel zu Ihrer Wohnung auszuhändigen!“

„Zu welchem Zwecke?“ fuhr Haltmann auf.

„Wir haben den Auftrag, eine Haussuchung bei Ihnen vorzunehmen!“

„Eine Haussuchung?“

„Ja! Das Nähere werden Sie von dem Herrn Amtsrichter hören!“

„Und wenn ich Ihnen den Schlüssel verweigere?“

„So würden wir den Schlosser holen lassen. Machen Sie sich doch durch eine Weigerung Ihr Los nicht noch schwerer!“

Ruhig gab ihm Haltmann die Schlüssel.

„Hier! Ich habe nichts zu befürchten.“

Der Beamte entgegnete nichts und gab die Schlüssel einem zweiten Beamten, der vor dem Tor auf die beiden wartete.

Eiligst entfernte sich dieser, während Haltmann mit seinem Begleiter zum Amtsgericht ging.

Der Beamte führte ihn in ein Zimmer, in welchem ein Richter mit einem Gerichtsschreiber saß. Beide hatten offenbar schon gewartet.

Der Richter fragte Haltmann nach seinen Personalien, Namen, Alter, Beruf, Religion. Dann fuhr er fort:

„Können Sie mir angeben, wo Sie am Silvesterabend zwischen fünf und sechs Uhr waren?“

„Gewiß,“ entgegnete er unbefangen. „Ich war spazieren gegangen, und zwar die Chaussee nach R. zu —“

Der Richter nickte zustimmend.

„Das ist richtig! Dort draußen liegt die Wildemannsche Villa — ist Ihnen diese bekannt?“

„Allerdings! Ich war bei meinem Spaziergang sogar darin — das heißt im Garten und Park. Das Gittertor stand weit offen, es war niemand zu sehen, und das tiefe Schweigen lockte mich, einzutreten!“

Der Amtsrichter drückte auf den Knopf einer elektrischen Leitung, worauf ein Gerichtsdiener erschien.

„Lassen Sie den Dienstmann Rapp eintreten!“ sagte der Richter.

Gleich darauf stand der Dienstmann im Zimmer; es war derselbe, der Haltmann bekannt war, und der ihm beim Hinaustreten aus dem Garten der Villa am Silvesterabend gegrüßt hatte.

„Ist das der Herr,“ fragte der Amtsrichter den Dienstmann, „den Sie am Silvesterabend zwischen fünf und sechs Uhr aus der Wildemannschen Villa heraustreten sahen?“

„Ja!“

„Erkennen Sie ihn mit Bestimmtheit wieder?“

„Ja!“

„Es ist gut! Treten Sie jetzt ab und warten Sie draußen, bis ich Sie wieder rufen lasse.“

Der Dienstmann ging. Der Richter wandte sich wieder an Haltmann:

„Sind Sie schon bestraft?“

Als ob ein Blitz auf ihn niederführe, so traf den Angeredeten diese Frage. Aber nur einen Augenblick zauderte er mit der Antwort; dann entgegnete er ruhig:

„Ja!“

Der Richter nickte wieder und warf einen flüchtigen Blick in einige vor ihm liegende Papere.

Und von der Polizeidirektion der Hauptstadt sind Sie der hiesigen Polizeibehörde als gemeingefährliches Individuum bezeichnet worden.“

Da brach Haltmann los:

„Das ist eine Lüge!“

Heftig fuhr ihn der Richter an:

„Ich verbitte mir diesen Ton! Andernfalls nehme ich Sie in eine Ordnungsstrafe. Ich habe Ihnen das mitzuteilen, damit Sie erkennen, daß wir uns hier von Ihnen nichts vormachen lassen. Beantworten Sie meine Fragen und enthalten Sie sich jeder Kritik!“

„Ich habe das Recht, einer unbegründeten Kritik meiner Person entgegenzutreten!“

„Darüber können Sie sich bei der vorgesetzten Behörde der Polizeidirektion beschweren, sofern Sie meinen, daß Sie dazu Grund haben. Die werden aber schon wissen, was sie sagen!“

In diesem Augenblick trat der zweite Kriminalbeamte ein, der vorhin Haltmann Schlüssel mitgenommen hatte. Er sprach einige leise Worte mit dem Amtsrichter und händigte diesem ein weißes Kuvert ein.

die Bewegung zu vertagen. Diesen Vorschlag konnten die Arbeiter nicht annehmen, da um diese Zeit nirgends Beschäftigung vorhanden ist; deshalb beschlossen sie, betriebsweise vorstellig zu werden, und wo die auf die ersten Zugeständnisse reduzierten Forderungen nicht anerkannt werden, die Arbeit einzustellen. Montag, dem 1. September, gelangte dieser Beschluß zur Ausführung. Es meldeten sich bis Mittag 140 Linoleumleger aus 16 Betrieben als Streikende.

Streik im Berliner Kürschnergewerbe. Der im Berliner Kürschnergewerbe bestehende Tarifvertrag wurde zum 30. Juni als Ablauftermin von den Arbeitern gekündigt. Sie verlangten an Stelle der bisherigen neunstündigen Arbeitszeit die achteinhalbstündige, an Sonnabenden die achtstündige Arbeitszeit, außerdem bessere hygienische Einrichtungen der Betriebsräume und eine Regelung der Lehrlingsfrage. In Verhandlungen mit den Unternehmern bewilligten diese die nebensächlichen Forderungen, wollten aber eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligen. Sie legten den Arbeitern und Arbeiterinnen einen von ihnen ausgefertigten Tarifvertrag vor, worin sich die Arbeiter auch noch unterschriftlich verpflichten sollten, bis zum 1. April nächsten Jahres nicht zu streiken. Mit diesem Trick hatten die Unternehmer jedoch wenig Erfolg. Von den etwa 900—1000 in Frage kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen wurden bis Montag abend über 500 als Streikende gemeldet. Einzelne Firmen haben bewilligt. Die Zwischenmeister in der Hausindustrie beteiligen sich ebenfalls am Ausstande, so daß die Arbeitsniederlegung in den nächsten Tagen an Umfang noch zunehmen wird.

Die Verschmelzungsfrage im Bureauangestelltenverbande. In einem Rundschreiben hat der Verbandsvorstand des Bureauangestelltenverbandes seine Stellung dahin präzisiert, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung die Verschmelzung mit dem Handlungsgehilfenverbande nicht zweckmäßig sei. Erst müßten beide Organisationen einen großen Prozentsatz ihrer Berufsangehörigen umfassen, das sei am besten in Berufsverbänden zu erreichen. Die Meinung im Zentralvorstande sei jedoch keine einmütige. Von der Minderheit werde namentlich den Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Organisationen große Bedeutung beigelegt. Die Mehrheit stehe der einfachen Verschmelzung ablehnend gegenüber, sie sei jedoch geneigt, die Frage der Gründung einer allgemeinen Privatangestellten-Organisation näher zu treten. Die Branchenleitungen der Ortsgruppe Berlin haben sich mit der Verschmelzung grundsätzlich einverstanden erklärt. In einer Versammlung wurde in der Debatte vorwiegend gegen die Stellungnahme des Verbandsvorstandes polemisiert und der Verschmelzung das Wort geredet. Der Verbandsvorsitzende Giebel begründete in etwa einstündigen Ausführungen die in dem Rundschreiben wiedergegebene Auffassung der Mehrheit des Verbandsvorstandes. Er wurde dabei oft von Widerspruch unterbrochen, während vorher die Befürworter der Verschmelzung stets starken Beifall hatten. Die weitere Debatte wurde auf eine binnen kurzem einzuberufende weitere Mitgliederversammlung vertagt.

Streiks im Sattlergewerbe. Am 1. September legten alle in Berlin auf Offiziersausrüstungen beschäftigten Sattler einmütig die Arbeit nieder, weil die Unternehmer, unter Führung des bekannten Sekretärs der Unternehmervereinigung, Herrn Nasse, es ablehnen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Herr Nasse hat durch sein Verhalten den Karren seiner Auftraggeber verfahren und versucht nun, selbständigen Sattlermeistern Streikarbeit zu übergeben. Die Sattler im Lande werden gut tun, darauf zu achten und jede Streikarbeit zu vermeiden. — Die Sattler der Militäreffektenfabrik von Ludewig in Berlin haben wegen Nichtanerkennung des Tarifs einmütig die Arbeit niedergelegt. — In den Bremer Karosseriewerken der Firma Gärtner haben die Sattler wegen fortgesetzter Maßregelung der Vertrauensleute einmütig die Arbeit eingestellt; aus den gleichen Gründen in der Sportartikelfabrik von Dolff u. Helle in Braunschweig. — Die Militäreffektenfabrik der Firma Rose in Ermsleben ist wegen Nichtanerkennung des Berliner Militärsattlertarifs gesperrt. — Der seit dem 20. Juni d. Js. andauernde Streik in der Karosseriefabrik Peter Sackl in Gera-Reuß wird ungeschwächt fortgeführt. — Die Apollowerke in Apolda weigern sich, die von ihr ausgesperrten Sattler wieder einzustellen, weswegen hier und nach den anderen genannten Orten jeder Zuzug streng fernzuhalten ist.

Tarifbewegungen im Buchbindergewerbe. Die in den Bielefelder Buchbindereien, Geschäftsbücherfabriken und Buch- und Steindruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stehen in einer Lohnbewegung. Der im Jahre 1909 abgeschlossene, am 30. September d. J. ablaufende Tarif wurde am 1. August rechtzeitig gekündigt. Eine öffentliche Versammlung der Buchbinder beschäftigte sich mit dem von einer Kommission ausgearbeiteten neuen Tarifentwurf, der eine etwa zehnprozentige Erhöhung des Minimallohnsatzes zum 1. Oktober d. Js. und eine weitere, etwa fünfprozentige Erhöhung zum 1. Oktober 1915 vorsieht. Der neue Tarifentwurf wurde den Unternehmern in diesen Tagen zugestellt. — Die Buchbinder in Osterwieck stehen in einer Lohnbewegung. Die Geltungsdauer des im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifes geht am 30. September d. Js. zu Ende. Nachdem der Tarif von den Arbeitern gekündigt und ein neuer Tarifvertragsentwurf eingereicht war, beauftragten die Unternehmer den Industrie-Schutzverband mit der Führung der Verhandlungen. Diese Verhandlungen haben jedoch bisher zu keinem annehmbaren Ergebnis geführt. Eine Versammlung der Arbeiter beschäftigte sich mit den Zugeständnissen der Unternehmer, die eine Erhöhung der Minimallohnsätze um 5—7 Proz. bedeuten. Die Versammlung lehnte diese Zugeständnisse als durchaus ungenügend ab und beauftragte den Bezirksleiter des Verbandes, aufs neue mit den Unternehmern bezw. deren Vertretern Verhandlungen anzuknüpfen.

Tarifabschluß im Stralsunder Baugewerbe. Nach fünfmonatigen Verhandlungen ist es den Stralsunder Bauarbeitern gelungen, mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1916 und bringt für die Arbeiter folgende Errungenschaften: Die Stundenlöhne werden auf 52 Pfg. erhöht; vom 1. April 1914 ab erhalten die Maurer und Zimmerer 54 Pfg. Stundenlohn. Hilfsarbeiter beziehen für 1913 einen Lohn von 41—43 Pfg. pro Stunde und vom 1. März 1914 ab 43—46 Pfennig. Die Zuschläge für Überzeit und besondere Arbeit sind im wesentlichen die gleichen geblieben wie bisher. Den Junggesellen darf in Zukunft nur noch im ersten Jahre nach der Lehrzeit 5 Pfg. weniger gezahlt werden. Auch bei Arbeitern unter 17 Jahren kann von den festgelegten Lohnsätzen abgewichen werden. Vom 1. März bis 30. September endet die Arbeitszeit am Sonnabend um 6 Uhr. An den Sonnabenden, möglichst vor Feierabend, hat die Lohnzahlung zu erfolgen. Die Unternehmer hatten den sehnlichsten Wunsch, als Vorsitzenden des Tarifamtes den Polizeidirektor in Funktion zu setzen. An seiner Stelle wurde aber der Vorsitzende des Gewerbegerichts bestimmt.

Massenstreik.

(A. Bebel auf dem Mannheimer Parteitag der Sozialdemokratie 1906.)

Ich betrachte den Massenstreik als die ultima ratio, das letzte und zwar friedliche Mittel unserer Partei, als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und Disziplin und Selbstbeherrschung anwenden müssen, um es so zu gestalten, wie wir es im Interesse der Partei und des Volkes für notwendig halten. Das können wir mit unserer jetzigen Organisation noch nicht riskieren. Hier optimistisch sein zu wollen, halte ich für falsch. Wir haben nach jeder Richtung hin unsere Tätigkeit zu entfalten. Die Anregung in Jena hat bereits in der kurzen Frist von einem Jahre sehr schöne Erfolge gebracht. Aber die Agitation und Organisation muß noch ganz anders entwickelt werden, und wenn das geschieht, wollen wir sehen, was wir weiter tun können.

Tarifbewegungen in der Brauindustrie. Zum ersten Male wurde jetzt mit den Brauereien in Kaiserslautern ein Tarif abgeschlossen. Solange hatten sie es verstanden, durch Niederhaltung der Organisation die Anerkennung tariflicher Arbeitsbedingungen zu hintertreiben. Die Bewegung nahm ihren Anfang schon im Jahre 1911. Damals wollten die Brauereien mit dem Hirsch-Dunckerschen Brauergesellenbund einen Tarif abschließen. Als aber die freiorganisierten Brauereiarbeiter auf den Plan traten, wurden die Unternehmer auf einmal tarifscheu. Die zugestandenen Verbesserungen genügten aber keineswegs, und in diesem Jahre wurde die seinerzeit vertagte Lohnbewegung wieder aufgenommen. Jetzt glaubten die Unternehmer wieder durch Zugeständnisse den Verhandlungen mit der Brauereiarbeiterorganisation ausweichen zu können; diese war aber inzwischen so gestärkt, daß sie sich das nicht mehr bieten ließ. Die früher so verschiedenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind nun einheitlich für alle Brauereien geregelt und ganz erheblich verbessert. Insbesondere ist die 9½stündige Arbeitszeit eingeführt, die Verkürzung beträgt bis zu 1¼ Stunden täglich. — In Bremerhaven und Umgegend wurde der Tarifvertrag mit vier Brauereien und 18 Bierniederlagen resp. Bierverlagsgeschäften erneuert. Auch hier mußte erst zum Streik gegriffen werden, um die Lohnbewegung zu Ende zu bringen und schon bewilligte Zugeständnisse, die nachher durch den Syndikus der Unternehmer wieder weginterpretiert waren, zur Anerkennung zu bringen. Die erzielten Erfolge sind der guten Organisation der Arbeiter entsprechend.

Internationaler Genossenschafts-Kongreß.

Der 9. internationale Genossenschaftskongreß wurde am 25. August in Glasgow durch den Vorsitzenden des Bundes Marwell, dem langjährigen Präsidenten der schottischen Großeinkaufsgesellschaft, eröffnet. Der Kongreß fand in St. Mango Hall statt, einem schönen, modernen, großen Festsaal, der wie kaum ein anderer Saal der Stadt für diesen Kongreß geeignet ist, denn er ist von einer Konsumentengesellschaft errichtet. Die United Baking Society, eine Zentralgenossenschaft englischer und schottischer Konsumvereine, hat in der Nähe ihrer großen Zentraldruckerei und Biskuitfabrik ein Saalgebäude errichtet für die Genossenschaften von Glasgow.

Nach den Begrüßungsansprachen erstattete Williams in Vertretung von Dr. Hans Müller den Geschäftsbericht. Der Kongreß in Hamburg hatte die Möglichkeit geschaffen, daß Genossenschaftsverbände korporativ beitreten konnten. Von dieser Möglichkeit haben eine Reihe wichtiger Verbände Gebrauch gemacht. Die Zahl der Konsumgenossenschaften, die Mitglieder des Bundes sind, ist auf diese Weise sehr stark gestiegen, doch sind einige andere Genossenschaften, zum Beispiel der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, ausgeschieden. Der Bericht über die einzelnen Länder zeigt, daß der Bund sich immer weiter ausgedehnt hat; auch in Indien breitet sich jetzt eine unabhängige Genossenschaftsbewegung aus. Das Gesamtresultat der Entwicklung läßt sich in den Satz zusammenfassen, den Dr. Hans Müller in seinem Bericht gesperrt gedruckt hat: Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß in den letzten drei Jahren, noch mehr als bisher, die Konsumgenossenschaften und ihre Verbände das starke und feste Rückgrat unseres Bundes geworden sind. Immerhin gehören dem Bunde trotz der Gründung einer besonderen Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften noch zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften an, besonders in Dänemark. Dagegen scheint der Bund für die Kreditgenossenschaften keine rechte Anziehungskraft zu besitzen. Die Gesamteinnahmen betrugen 31 150 Mk. im letzten Jahre; in absehbarer Zeit wird der Bund daher über die für seine Arbeit nötige Summe von 40 000 Mark jährlich verfügen.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und der Kongreß trat ein in die Beratung der Statutenänderungen. Danach fuhren die Delegierten in besonderen Trambahnwagen zur Besichtigung direkt nach Shieldhall, dem Produktionszentrum der schottischen Großeinkaufsgesellschaft. Abends fand ein Empfang der Kongreßdelegierten im Stadthause statt.

Am Dienstag morgen wurde zunächst die Frage der internationalen Genossenschaftsstatistik erörtert. Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind durchweg statistischer und technischer Natur und interessieren die Oeffentlichkeit wenig.

Dann begründete Herr G. Goodhard aus Holland die Resolution des Zentralvorstandes zur Stellung der Genossenschaftsbewegung zum Frieden. Die Resolution, die die Genossenschaften als großen Friedensbund bezeichnet, wurde einstimmig angenommen.

Hierauf sprach Heinrich Kaufmann (Hamburg) über den direkten Güteraustausch zwischen Konsumvereinen, landwirtschaftlichen und anderen Produktivgenossenschaften sowie der Großeinkaufsgesellschaften untereinander. Kaufmann führte aus: Er wolle auf die Bedarfsdeckung durch Zentralgenossenschaften nicht eingehen, sondern nur die Beziehungen verschiedener Genossenschaften zueinander behandeln. Da kommt zunächst der Bezug eines Konsumvereins von einem anderen in Frage. Konsumvereine

---

Ein Lächeln der Befriedigung glitt über die Züge des Richters. Er warf einen Blick in das offene Kuvert und fragte dann:

„Sie sind vor etwa drei Monaten aus der Strafanstalt entlassen worden?"

„Ja!"

„Vermögen besitzen Sie nicht?"

„Nein!"

„Sie waren während etwa zweier Monate mit einem Monatsgehalt von hundertzwanzig Mark bei dem Rechtsanwalt Doktor Graßner beschäftigt?"

„Jawohl!"

„Sie haben im letzten Monat Dezember hier jedoch nur sechzig Mark bekommen, da Sie erst Mitte dieses Monats die hiesige Stellung antraten?"

„Ja!"

„Nun" — hierbei nahm der Amtsrichter das Kuvert und zählte aus diesem neun Einhundertmarkscheine auf den Tisch — „wollen Sie mir dann gefälligst Aufklärung geben, wie Sie zu dem Besitz dieser neunhundert Mark kommen?"

Totenbleich wurde Haltmann?

„Sie sind mein ehrlich erworbenes Eigentum!" sagte er bitter und hielt den Blick des Richters ruhig aus.

Ich bin begierig, über diesen ehrlichen Erwerb, wie Sie das zu nennen belieben, etwas Näheres zu erfahren!"

Ein Ruck ging durch die Gestalt Haltmanns.

„Und ich möchte bitten, mir zu sagen, aus welchem Grunde dieses Verhör mit mir angestellt wird und meine Wohnung durchsucht worden ist!"

„Das werden Sie ja selbst am besten wissen," meinte der Richter. „Sie wissen, und wir wissen, was Sie sind! Ich will Ihnen aber eröffnen, daß Sie dringend verdächtig sind, am 31. Dezember zwischen fünf und sechs Uhr nachmittags aus der Villa Wildemann vermittels Einsteigens tausend Mark in Einhundertmarkscheinen gestohlen zu haben. Wollen Sie bei dem Belastungsmaterial, das hier vorliegt, noch leugnen? Sie gestehen selbst zu, um die fragliche Zeit in der Villa gewesen zu sein; Sie sind zum Ueberfluß dort gesehen worden; in Ihrer Wohnung findet man neun Einhundertmarkscheine, über deren rechtmäßigen Erwerb Sie sich nicht ausweisen können; und endlich sind Sie ein bereits wegen eines ganz ähnlichen Verbrechens vorbestrafter und von der Behörde als gemeingefährlich bezeichneter Individuum — wollen Sie diesen Beweisen gegenüber Ihr Leugnen fortsetzen?"

Stolz hob Karl Haltmann das Haupt.

„Ich habe keinen Grund, zu leugnen — ich rede die Wahrheit. Dieses Geld gehört mir —"

„Na, hören Sie mal, das ist doch unglaublich, wenn Sie uns hier weismachen wollen, daß Sie, ein vermögensloser, vor wenigen Wochen aus dem Zuchthaus völlig mittellos entlassener Mensch, einen solchen Betrag ehrlich erworben haben wollen! Womit wollen Sie denn diese Summe erworben haben?"

„Sie ist nicht erworben — ich habe sie von jemand, der sich mir verpflichtet fühlte, bekommen!"

„Von wem?"

In schwerem Kampfe stand Haltmann. Einige Augenblicke, während derer die Augen des Richters forschend auf ihm ruhten, währte sein Schweigen. Dann sagte er mit fester Stimme:

„Ich kann die Dame nicht nennen!"

„Aha! Wieder einmal der große Unbekannte! Wenn Sie auf ehrliche Weise zu dem Gelde gekommen sind, so können Sie das doch ruhig zu Ihrer Entlastung angeben!"

„Und wenn nun durch eine solche Angabe die gesamte Existenz eines treuen und fleißigen Menschen aufs Spiel gesetzt würde — auch dann?"

„Jetzt reden Sie uns hier nur keine Romane vor! Wenn der vorgebliche treue und fleißige Mensch das Geld ehrlich erworben und Ihnen dann geschenkt hat, so liegt kein Grund vor, darüber zu schweigen! Ich wenigstens sehe keinen Grund!"

„Weil Sie irgend etwas nicht sehen, Herr Amtsrichter — bleibt das nicht deshalb doch in der Welt?"

„Bleiben Sie mir mit Ihren Märchen vom Hals! Einem Menschen, der so schwer bestraft ist und so charakterisiert wird wie Sie, kann man keinen Glauben mehr schenken! Alle Spitzbuben sind unschuldig, wenn man sie fragt! Also kurz und gut: ich habe Sie nochmals zu fragen, wollen Sie die Person nennen, von der Sie diese neunhundert Mark bekommen haben?"

Fest und bestimmt klang Haltmanns Entgegnung:

„Nein — ich kann es nicht!"

Der Amtsrichter wandte sich jetzt an den Gerichtsschreiber und diktierte diesem Haltmanns Aussage. Das Protokoll wurde dann vorgelesen und von Haltmann unterschrieben.

Darauf trat der Richter an sein Pult, blätterte in den dort liegenden Papieren, und fuhr fort:

„Auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie Haftbefehl erlassen, weil Sie des in Rede stehenden Einbruchsdiebstahls dringend verdächtig erscheinen und, da ein Verbrechen vorliegt, Fluchtverdacht besteht. Gegen den Haftbefehl können Sie Beschwerde einlegen. Das wird Ihnen aber nichts nützen, denn das Beweismaterial gegen Sie ist bereits jetzt erdrückend, und Sie würden durch eine Beschwerde nur den Lauf des Verfahrens aufhalten! Haben Sie noch etwas zu Ihrer Verteidigung zu sagen?"

„Nein!"

Kein Wort kam über Haltmanns Lippen, die sich in stummem Schmerze fest zusammen schlossen.

Der Richter füllte ein bereitliegendes Formular aus, gab es dem Kriminalbeamten und sagte zu diesem:

„Der Beschuldigte Karl Haltmann ist in das Untersuchungsgefängnis abzuliefern!"

Der Beamte führte den fast Willenlosen ab. Und als er Karl Haltmann an der Pforte des Gefängnisses einem Aufseher übergab, flüsterte er diesem verstohlen zu:

„Achtung! Da haben wir einen guten Fang gemacht! Ein schwerer Junge!"

Und verständnisinnig lächelten sich die beiden an.

Es war einige Tage nach der Verhaftung, an einem Sonntag, als Marie Sanders auf dem Bahnhof aus dem von der Residenz her angekommenen Zuge stieg und sich bei einem Bahnbeamten nach der Lage der Straße erkundigte, in der Karl Haltmann seine Wohnung hatte. Der Mann zeigte ihr den Weg, dann schritt sie rasch vorwärts. Als sie in die Nähe gekommen war, winkte sie einem an der Ecke stehenden Dienstmann, gab ihm einen Brief und sagte:

„Bringen Sie diesen Brief sofort an seine Adresse und sagen Sie, ich ließe um Antwort bitten. Ich werde hier warten, bis Sie zurückkommen!"

Der Dienstmann ging. Marie Sanders wanderte auf und nieder, von Zeit zu Zeit einen Blick nach der Richtung werfend, aus der Karl Haltmann herkommen oder der Dienstmann zurückkehren mußte. Heute morgen war ihr der Entschluß gekommen, Haltmann zu überraschen. Es war kaum halb zehn Uhr, als sie schon an ihrem Ziele angelangt war. Hoffentlich würde Haltmann zu Hause sein.

Da kam schon eiligen Schrittes der Dienstmann zurück. Sie ging ihm entgegen.

„Nun?"

Der Bote schien etwas verlegen und bekommen, als er ihr entgegnete:

„Der Herr war nicht zu Hause — Fräulein möchten doch mal selber kommen, sagte die Wirtin —"

Sie gab ihm einige Nickel und ging zur Wohnung Haltmanns, die ihr der Dienstmann zeigte.

„Zwei Treppen hoch, Fräulein!"

Eine Frau erwartete sie oben, die ihr neugierig entgegensah.

(Fortsetzung folgt.)

beziehen häufig in der ersten Zeit ihre Backwaren von einem benachbarten größeren Verein. Prinzipiell wichtiger ist der Wurstwarenverkauf durch die Genossenschaften, die Fleischerei betreiben. Eine interessante Nebenform sind Konsumvereine, die kleine Arbeitsprodukte ihrer Mitglieder vertreiben. Die gelegentliche Abgabe der Produkte eigner Betriebe führt zu der höheren Form der Zentralproduktivgenossenschaften für den Bezirk. Typisch hierfür sind die Bezirksbäckereien in Schottland. Die selbständigen Arbeiterproduktivgenossenschaften haben im allgemeinen keinen rechten Erfolg gehabt. Wo sie erfolgreich waren, verdankten sie das der Kundschaft der Konsumvereine, die sich auch mit Kapital beteiligten und so diesen Genossenschaften schließlich den Charakter von Zentralgenossenschaften gaben. Tabak- und Kautabakarbeitergenossenschaften in Deutschland sind noch weiter gegangen und haben sich zugunsten der Großeinkaufsgesellschaft aufgelöst, die die Betriebe übernahm. Die eigentlichen industriellen Produktivgenossenschaften (Arbeitsgenossenschaften) gehen also, wie gesagt, zum größten Teile bald nach der Gründung wieder ein, sofern sie aber den Anschluß an die Konsumgenossenschaften finden und dadurch lebensfähig werden, blüht ihnen die Aussicht, entweder in Produktionsabteilungen ihrer Großeinkaufsgesellschaft oder in konsumgenossenschaftliche Zentralproduktivgenossenschaften umgewandelt zu werden.

Konsumgenossenschaftliche Zentralproduktivgenossenschaften entstehen, um es hier zusammenzufassen, einmal dadurch, daß größere Konsumvereine eines bestimmten Bezirks sich zur gemeinschaftlichen Produktion vereinigen, zum andern dadurch, daß Arbeitsgenossenschaften, deren Mitglieder sie geworden sind, von ihnen ganz übernommen und in die Form einer konsumgenossenschaftlichen Zentralproduktivgenossenschaft hinübergeführt werden. Während die ersteren den Bedürfnissen des betreffenden Bezirks entsprechen und voraussichtlich dauernd selbständig bleiben, besteht für die letzteren die Möglichkeit, sobald es wünschenswert erscheint, ihre Selbständigkeit zu verlieren und in Produktionsabteilungen der Großeinkaufsgesellschaft umgewandelt zu werden. Die wichtigste Form des genossenschaftlichen Verhaltens zwischen verschiedenen Genossenschaften ist der Verkehr mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es vollzieht sich im selben Bezirk der Güteraustausch zwischen landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften und industriellen Konsumgenossenschaften in der Hauptsache direkt. In getrennten landwirtschaftlichen und industriellen Bezirken eines und desselben Landes tritt die Vermittelung der landwirtschaftlichen Zentralverkaufsgenossenschaft oder der konsumgenossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaft dazwischen, weil der direkte Verkehr infolge der größeren Entfernungen zu allerlei Unzulänglichkeiten führt. Bei dem Güteraustausch zwischen landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften des einen Landes und industriellen Konsumgenossenschaften des anderen Landes ist gewöhnlich die Vermittelung der beiderseitigen zentralgenossenschaftlichen Organisationen vorhanden.

Ueber die Ausdehnung dieses Verkehrs legte der Redner umfassendes Zahlenmaterial vor, aus dem sich ergab, daß die Umsätze noch recht gering sind. Für Deutschland sind z. B. nennenswerte Zahlen nur bei Butter vorhanden, wo der direkte Bezug von landwirtschaftlichen Genossenschaften durch einzelne Konsumvereine und die Großeinkaufsgesellschaft 1912 rund 11 Millionen betrug. Zum Schluß erörterte der Redner die Schwierigkeiten, die dem Bezug der Großeinkaufsgesellschaften voneinander im Wege stehen.

Die Diskussion über dieses Referat, die am Dienstag abgebrochen wurde, wurde am Mittwoch fortgesetzt. Bemerkenswert war, daß der Vorsitzende der Konsumgenossenschaft Leicester (Leicester ist das Hauptquartier der britischen Produktivgenossenschaft) eine Lanze für diese Genossenschaftsart brach. Ferner sprach Unterstaatssekretär Choney vom britischen Landwirtschaftsministerium für das Zusammenwirken von Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Eine Resolution lag nicht vor.

Bei der Wahl der Mitglieder des Zentralvorstandes versuchte der Verband westdeutscher Konsumvereine vergeblich, einen Sitz im Vorstand zu erhalten. Von deutscher Seite gehören dem Vorstand an: Kaufmann, Lorenz, Barth, v. Elm und Aßmann.

Dann erstattete der Vorsitzende des leitenden Bundes, Williams, sein Referat über den Charakter des Bundes, über das Zusammenwirken der verschiedenen Genossenschaftsarten in ihm. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß der Bund eine Organisation der Konsumvereine sei. In England und Finnland seien sämtliche Genossenschaftsarten in einer Organisation vereinigt. Williams verwies schließlich auf das alle Genossenschaftsarten einigende Band der Prinzipien.

Die lange Debatte, an der sich Vertreter aller Länder beteiligten, galt in der Hauptsache den Konsumvereinen. Von deutscher Seite sprachen Lorenz (Hamburg) und Professor Staudinger. Sie wiesen gegenüber dem Referenten darauf hin, daß der Hamburger internationale Kongreß die Konsumvereine für die wichtigste Genossenschaftsform erklärt habe.

Dr. Karpeles (Wien) trat sehr entschieden für die Konsumgenossenschaftsbewegung gegenüber dem produktivgenossenschaftlichen Standpunkte des Referenten ein.

Angst (Basel) wandte sich prinzipiell dagegen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die teilweise Kartellcharakter hätten, in den Bund einbezogen werden könnten.

Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Der Kongreß bestätigt die vom internationalen Genossenschaftskongreß in Hamburg 1910 gefaßte Resolution und erklärt, daß der internationale Genossenschaftskongreß allen wahren Genossenschaftsarten offen steht; er ladet alle wahren Genossenschaftsverbände und Genossenschaften, die die Prinzipien dieser Resolution in ihrer Tätigkeit befolgen, ein, sich dem internationalen Bund anzuschließen."

Am Donnerstag sprach Dr. O. Schär (Basel), der Generalsekretär des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, über die Genossenschaftspresse. Schär führte aus, daß gerade die Konsumvereine eine Erziehung ihrer Mitglieder besonders nötig hätten, da es für sie viel leichter sei, Mitglieder zu gewinnen, als aus diesen Mitgliedern zielbewußte Genossenschaftler zu machen. Diese Erziehungsfrage, bei der die Presse die Hauptrolle spielt, sei für sie die eigentliche Lebensfrage. Was die Zahl der Blätter und die der Leser anlangt, so dominiert die konsumgenossenschaftliche Presse in der genossenschaftlichen Presse. Auf die Konsumvereine entfallen etwa sechs Siebentel aller genossenschaftlichen Leser. Der Redner schildert dann eingehend die Organisation des Pressewesens im Verband schweizerischer Konsumvereine mit der Zweiteilung von Volksblatt und Fachblatt und den fremdsprachigen Ausgaben.

Die Debatte über das Referat Dr. Schärs schloß mit der Annahme einer Resolution, in der den Genossenschaften die Herausgabe von Propagandablättern und Zeitschriften zur Erörterung der theoretischen Fragen und aller praktisch-technischen Angelegenheiten der Genossenschaftsbewegung empfohlen wird. Einstimmig angenommen wurde zu dieser Resolution ein von Frau Emmi Freundlich (Wien) in drei Sprachen begründetes Amendement, das die bessere genossenschaftliche Erziehung, vor allem der Frau, verlangt.

Das Referat von Buffoli (Mailand) über Die Konkurrenz von Konsumvereinen in derselben Stadt lag dem Kongreß gedruckt vor. Buffoli selbst war am Erscheinen infolge Krankheit verhindert. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Der internationale Genossenschaftskongreß erklärt, daß das gleichzeitige Bestehen mehrerer Konsumvereine in der gleichen Ortschaft oder in benachbarten Gemeinden der Genossenschaftsbewegung nachteilig ist, weil es zu einer schädlichen Zersplitterung der Kräfte, zu einem unheilbaren Niedergang der genossenschaftlichen Organisation und zu einer sicheren Schwächung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verrichtungen führt. Er fordert deshalb, daß alle nationalen und regionalen Verbände der verschiedenen Länder mit Nachdruck einen energischen und ernsthaften Feldzug führen, um der Bewegung die Einigkeit der Mittel zu sichern, indem sie überall mittels Ueberredung und, wo es nötig ist, mit direkten Maßnahmen eingreifen, a) um zu verhindern, daß in der gleichen Ortschaft oder in benachbarten Gemeinden des gleichen Distriktes zwei oder mehrere Konsumvereine sich bilden, b) um die Verschmelzung der in der gleichen Ortschaft oder in mehreren benachbarten Gemeinden des gleichen Distrikts vorhandenen Konsumvereine herbeizuführen, c) um zu verhindern, daß die Konsumvereine, die in benachbarten Gemeinden existieren, gegenseitig in ihr Wirtschaftsgebiet einbrechen."

Als Ort des nächsten Kongresses wurde Basel gewählt. Die Veranstaltungen des Kongresses werden dort zusammenfallen mit dem 50jährigen Jubiläum des Vereins. Nach den üblichen Dankreden wurde dann der Kongreß von Maxwell geschlossen.

Soziales.

Konjunktur und Eisenmarkt. Auf einen recht pessimistischen Ton ist wiederum der Bericht der „Rhein.-Westf. Ztg." über den Eisenmarkt gestimmt; es heißt dort: „Die Marktlage war in den letzten Wochen stiller. Nachdem die Werke vor Monatsfrist stärker verkauft hatten, zeigen sie heute zu außerordentlich gesunkenen Preisen wenig Neigung, Abschlüsse auf längere Fristen zu tätigen; sie ziehen vielmehr vor, möglichst nur Tagesgeschäfte zu Tagespreisen hereinzunehmen. Die Preisbewegung im Markte ist schwankend; sie neigt jedenfalls nach unten, wenn infolge der größeren Geschäftsstille die Kurve sich auch weniger ausprägt, wenigstens soweit Stabeisen in Frage kommt. Soweit die Entwickelung heute zu überblicken ist, muß es auffallen, daß nicht schon eine stärkere Krisis Platz gegriffen hat, daß vielmehr ein laufender Bedarf sich fortgesetzt erhält, wie aus dem Umstand zu schließen ist, daß ständig Aufträge für sofortige Lieferung bei den Werken einlaufen. Es sind offenbar nirgends Vorräte vorhanden, vielmehr scheinen die Großhändler ihre Läger ziemlich geleert zu haben. Es befindet sich demnach in der Zwischenhand auffallend wenig Material, so daß der Markt keinerlei Belastung aufweist. Dafür werden die vielen und leistungsfähigen Neuanlagen sich jetzt immer stärker bemerkbar machen; die gedrückten Preise in Blechen dürften nur darauf zurückzuführen sein. Eine günstige Perspektive eröffnet sich den Marktverhältnissen deshalb vorläufig nicht. Sie werden unter Druck bleiben, zumal ja nicht damit zu rechnen ist, daß noch im Laufe dieses Jahres eine Geldverbilligung eintreten wird. Mit dem Herbstgeschäft in Eisen scheint es nichts zu werden, nachdem bisher davon noch wenig verspürt worden ist. Für den Zwischenhandel ist das Geschäft äußerst schwierig geworden, da zwischen seinen Einkaufs- und Verkaufspreisen sich nur schwer eine Spanne erzielen läßt, durch die er bei seinen Geschäften einen Verdienst erhält. Da die Verhältnisse am Weltmarkt sich gleich ungünstig entwickeln, so kann trotz der eingetretenen politischen Beruhigung auf eine allgemeine Besserung noch nicht gehofft werden. Die Rohstoffmärkte tragen den Stempel der Abschwächung ebenfalls an sich, wenn man auch bisher in den Preisen noch nicht zurückgegangen ist. Es wird sich aber unter den gegebenen Verhältnissen kaum vermeiden lassen, die heutigen Rohstoffpreise den gesunkenen Fabrikatpreisen anzupassen. Als erste Instanz wird das Kohlensyndikat mit seinen Kokspreisen etwas nachgeben müssen, da die Roheisenpreise damit im engsten Zusammenhang stehen. Wenn die Roheisenabnahme bisher auch noch den Werken befriedigende Beschäftigung gebracht hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß dem Syndikat in den umstrittenen Absatzgebieten Preisschwierigkeiten entstehen bezw. schon entstanden sind. Die Preise müssen denjenigen des konkurrierenden Auslandes angepaßt werden, um zu verhindern, daß fremdes Material in großem Maßstabe Eingang findet. Dadurch werden natürlich die Preise bereits etwas verwässert, und das Syndikat wird gezwungen sein, seine Verrechnungspreise schon in laufendem Semester mit den Werken etwas herunterzusetzen. Es wird aber weiter auch sich der Verpflichtung nicht entziehen können, seine Inlandspreise den Preisen der übrigen Eisenerzeugnisse etwas anzupassen, nachdem Halbzeug im Preise um etwa 10 Mk. (inklusive Ausfuhrvergütung) herabgesetzt wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Erfurter Kriegsgerichtsurteil vor dem Oberkriegsgericht. Das Oberkriegsgericht des 6. Armeekorps, das sonst seinen Sitz in Kassel hat, trat am Mittwoch vormittag in Erfurt zu einer Sitzung zusammen, um über die Berufung der vom Kriegsgericht in Erfurt zu schweren Strafen verurteilten Reservisten und Landwehrleute zu verhandeln. Die Angeklagten hatten am 16. April an der Kontrollversammlung Rüxleben teilgenommen und auf dem Rückwege dem Alkohol tüchtig zugesprochen. Ihres lauten Benehmens wegen wurden sie von einem Polizeibeamten zur Ruhe verwiesen; sie fügten sich dem nicht, weshalb der Beamte einen Gendarmen holte, und als dieser die Aufforderung des Polizeibeamten wiederholte, wurde er von den Angeklagten zuerst beschimpft und schließlich tätlich angegriffen. Der Gendarm war an diesem Tage der militärische Vorgesetzte der Angeklagten und deshalb bildete ihr Delikt Widerstand, Beleidigung und militärischen Aufruhr. Das Kriegsgericht in Erfurt verurteilte die Angeklagten Hagemeier zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, See ebenfalls zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, Schirmer zu 5 Jahren zwei Monaten Zuchthaus, Georges zu fünf Jahren sechs Monaten Gefängnis, Kolbe zu fünf Jahren drei Monaten Gefängnis, Ropte zu sieben Monaten Gefängnis und Langhelm zu einem Jahre Gefängnis. Die beiden letztgenannten Verurteilten hatten die Strafe sofort angetreten, die ersteren fünf dagegen Berufung eingelegt. Das Urteil war so ungeheuerlich, daß sein Bekanntwerden in weitesten Kreisen Deutschlands ungeheures Aufsehen erregte, und diese Stimme der Empörung fand ihren Ausdruck in den Verhandlungen des Reichstags vom 28. Juni, wo mit aller Schärfe betont wurde, daß ein derartiges Urteil dem Volksempfinden in keiner Weise entspreche und einfach unhaltbar sei. Die Folge war, daß einige Tage später ein Notgesetz angenommen wurde, wonach bei solchen Taten, wie die Angeklagten sie verübt haben, die Annahme mildernder Umstände als zulässig erklärt wurde. Den Vorsitz der Verhandlung führte Oberstleutnant Schollmeier, als Verhandlungsführer fungierte Oberkriegsgerichtsrat Platz. Die Anklage vertrat Kriegsgerichtsrat Schulte. Die Angeklagten wurden verteidigt von den Rechtsanwälten Barnau-Berlin und Justizrat Schneichel-Erfurt. Die Angeklagten haben nur insoweit Berufung eingelegt, als sie wegen militärischen Aufruhrs verurteilt worden sind. Die Angeklagten geben durchweg an, daß sie zur Zeit der Tat völlig betrunken waren. Es sei in der dortigen Gegend Sitte, daß die Reservisten, die zum ersten Male zur Kontrollversammlung gehen, gemeinsam mit den Landwehrleuten, die das letztemal bei der Kontrollversammlung waren, Freibier geben. Auch an diesem Tage war es so, es wurden 120 Liter Bier und eine ganze Anzahl Schnäpse getrunken. Einer der Angeklagten gibt zu, daß er gewußt habe, daß der Gendarm sein militärischer Vorgesetzter sei. Der Verhandlungsleiter bemerkte dabei: Das ist immer so, wenn Ihr Euch vollsauft, macht nicht solche Geschichten, zumal wenn Ihr von hinten her immer gehetzt werdet. Die Angeklagten bestritten, gerufen zu haben, sie seien freie Arbeiter und Sozialdemokraten. Schließlich versuchte der Verhandlungsleiter noch zu konstatieren, daß die Angeklagten durch ihre Zeitungen aufgehetzt worden seien. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde dieselbe auf heute vertagt.

Drei Jahre Gefängnis für einen Schuldirektor. In Leipzig fand die Verhandlung gegen den Schuldirektor Wolter wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 174 statt. In der Verhandlung, die zum größten Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, kam der eigenartige Lebenslauf dieses Flachsmann zum Vorschein. Wolter wollte ursprünglich Lehrer werden, wurde aber wegen Hochstapeleien aus dem Seminar gejagt. Er verübte dann mehrfache Schwindeleien, Urkundenfälschungen und wurde wiederholt bestraft. Schließlich tauchte er in der Schreibstube für innere Mission unter. Nachdem er sich im Laufe der Zeit durch allerhand neue Betrügereien so viel Geld verschafft hatte, um sich eine Privatschule kaufen zu können, wurde er Schuldirektor. Hier verging er sich an seinen Schülern. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein ungetreuer Priester. Vor der Strafkammer in Regensburg stand am Mittwoch der frühere Pfarrer Georg Münsterer aus Pondorf unter der Anschuldigung, 150 000 Mk. unterschlagen zu haben. Münsterer war Mitinhaber des Siglschen „Bayrischen Vaterlands" und einer der fleißigsten Mitarbeiter dieses Blattes, dem er „Briefe von der Donau" lieferte. Der jetzt 42 Jahre alte Angeklagte hatte verschiedene Kassen zu verwalten, und die vorgenommenen Revisionen ergaben stets die völlige Korrektheit seiner Geschäftsführung, bis einmal eine scharfe unvermutete Revision stattfand, welche ergab, daß Münsterer große Unterschlagungen verschuldet hatte. Am 27. Februar 1910 nahm er die Summe von 18 000 Mk. und brannte mit seiner Köchin durch. Er lebte dann zuerst in Griechenland und ging dann nach Frankreich, wo er als Zechpreller verhaftet und bestraft und dann nach Deutschland ausgeliefert wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten sechs Jahre Gefängnis, das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und rechnete zwei Monate der Untersuchungshaft an.

Aus Nah und Fern.

Zum Mord im Tegeler Forst. Der frühere Schneider Max Kirschstein, der am Sonntag im Tegeler Forst die Näherin Emma Schäfer ermordet hat, ist gestern kurz vor Mitternacht in der Wollinerstraße erkannt und von Kriminalbeamten verfolgt worden. Er gab auf die Beamten einige Schüsse ab, die jedoch fehlgingen. Als er keinen Ausweg mehr sah, gab er einen Schuß auf sich selbst ab. Die Kugel ging durch den Unterkiefer und durchschlug die Nasenflügel. Auf der Polizeiwache gab Kirschstein zu, daß er der gesuchte Frauenmörder ist. Der Mörder ist bald darauf an seinen Verletzungen gestorben. Er hatte der Ermordeten das Heiratsversprechen gegeben und sie dann um mehrere hundert Mark betrogen. Kirschstein ist ein alter Zuchthäusler.

Zusammensturz eines Balkons. Einer Meldung aus München zufolge brach in Gastolshofen bei Ried in Bayern ein Balkon, auf dem sich 6 Frauen befanden, die dort zur Sommerfrische waren, zusammen. Drei Frauen sind tot, zwei schwer und eine leicht verletzt.

Beim Stehlen verletzt. Aus München-Gladbach wird berichtet: Von zwei Arbeitern, die in eine hiesige Fabrik einbrachen, um Verschlüsse der elektrischen Leitung zu stehlen, wurde der Arbeiter Derichs durch Starkstrom stark verletzt. Sein Genosse rief die Polizei um Hilfe, die Derichs nach dem Krankenhause brachte, wo er nach der Amputation beider Arme starb.

Ein waghalsiges Kunststück ist das Experiment des Fliegers Pegoud, von dem wir kurz berichteten, das „Looping the loop im Aeroplan", wie die Pariser Presse den tollkühnen Flug nennt, wurde Dienstag vormittag im Aerodrom von Buc in Gegenwart der Armeekommission wiederholt. Bei dem Experiment handelt es sich in erster Linie darum, einen neuen Aeroplan Bleriots vorzuführen, dessen Neuerung darin besteht, daß er nicht umkippen kann. Der Flieger ist durch Ledergürtel am Apparat befestigt, den er durch besondere Vorrichtungen nach Belieben umdrehen kann. Das gestattet ihm, in senkrechter Lage mit der Spitze nach unten abzufliegen oder gar auf dem Rücken zu fliegen. Der letzten Vorführung wohnte eine außerordentliche Zuschauermenge bei. Pegoud wiederholte sein Experiment. Er stieg bis zu einer Höhe von 500 Metern auf, dann drehte sich sein Apparat langsam nach unten senkrecht ab. Der Apparat drehte sich dann langsam weiter, bis er auf die Rückseite zu liegen kam, und machte in dieser umgekehrten Lage einen längeren horizontalen Flug. Der Flieger hatte bei dieser Lage also den Kopf nach unten. Diese gefährliche Lage schien aber Pegoud nicht weiter zu beunruhigen. Vergnügt winkte er dem Publikum zu, das ihm lebhaften Beifall spendete. Der Flieger drehte dann noch einmal seinen Apparat mit der Spitze nach unten und brachte ihn hierauf wieder in die normale Lage, um zum Schluß glatt zu landen. Er beschrieb also in der Luft die Figur eines großen S. Die Blätter melden, daß ein anderer Flieger ein noch waghalsigeres Experiment ausführen und die Figur einer Null in der Luft beschreiben will. Pegoud wurde nach der Landung über seine Eindrücke befragt und äußerte sich folgendermaßen: „Als ich mit dem Kopf nach unten flog, fühlte ich mich sehr wohl. Ich war mit einem ledernen Hosenträger an meinen Apparat geknöpft und hatte einen geradezu idealen Beobachtungsposten. Das wäre eine Lösung für die Militäraviatik. Auch mein Benzinreservoir befand sich in umgekehrter Lage und durch das Luftloch fiel es tropfenweise herunter. Die Drehung der

Schraube wirkte jedoch als Vaporisator und zerstäubte die Benzintropfen, was auf mich eine außerordentlich erfrischende Wirkung ausübte. Ich glaubte daher beim Friseur zu sein".

Die Cholera in Ungarn. Bisher wurden in der Umgegend von Agram 15, und an der galizischen Grenze in Ungarn 25 Cholerafälle festgestellt. In Munkacz und Strij sind in den letzten 24 Stunden neun Fälle zu verzeichnen gewesen, von welchen fünf tödlich verliefen.

Mord und Selbstmord. Der Adjutant des Dragoner-Regiments in Barcelona tötete einen Rittmeister seines Regiments durch einen Revolverschuß; er erschoß sich dann selbst. Der Grund ist unbekannt. Der Rittmeister stand vor der Vermählung.

Opfer eines Orkans. Während eines Orkans sind drei Unteroffiziere und fünf Mann des nordamerikanischen Schlachtschiffes „Nebraska" durch Kentern einer Pinasse ertrunken.

Explosion. In der Rue Alneuve in Paris wurde ein Café durch eine Gasexplosion vollständig zerstört. Der Fußboden brach ein, die Schaufenster wurden nach außen geschleudert. An den benachbarten Häusern wurden erhebliche Verwüstungen angerichtet, zwei Läden wurden zerstört. Mehrere Personen wurden unter den Trümmern begraben, eine ist tot, sechs sind schwer und sechs leicht verletzt worden.

Einsturz zweier Häuser. Dienstag abend ereignete sich in Dublin ein schreckliches Unglück. Durch den Einsturz zweier Häuser, deren Trümmer in Brand gerieten, wurden 13 Familien verschüttet. Vier Leichen sind bereits geborgen. Man befürchtet, daß noch zahlreiche Tote unter den Trümmern liegen.

Die Zahl der Opfer bei dem Eisenbahnunglück bei Wallingford (Connecticut) beträgt jetzt 18; außerdem wurden 60 Reisende verletzt, darunter eine Anzahl tödlich.

Krieg im Frieden. Während einer Nachtübung eines dänischen Torpedobootes sollten Leuchtkugeln abgeschossen werden. Eine Leuchtkugelpistole zersprang. Zwei Offiziere und ein Matrose wurden unbedeutend verletzt.

Frecher Raubanfall. Räuber überfielen das Postamt in Altemnäs, (Finnland) töteten die Verwalterin und deren 15jährige Nichte und entkamen mit der Kasse.

Vom Automobil überfahren und getötet. Von einem Automobil aus Apolda hinterrücks überfahren und getötet wurde am Dienstagabend beim Radeln auf der Landstraße kurz vor Kahla der Friseur Zugwurst. Der Ueberfahrene ist Vater von sechs Kindern.

Rückkehr Thaws ins Irrenhaus. Harry Thaw wurde gestern nachmittag aus dem Gefängnis in Sherbrooke entlassen. Er befindet sich unter Aufsicht eines Beamten der Einwanderungsbehörde auf dem Wege nach der Grenze der Vereinigten Staaten, wo der Neuyorker Generalstaatsanwalt Jerome ihn wahrscheinlich empfangen und nach der Irrenanstalt Matteawan zurückbringen wird.

Die Vorgänge in Dublin. Das Begräbnis des von der Polizei erschlagenen Arbeiters Nolan gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration des Dubliner Proletariats. Vierzig bis fünfzigtausend Menschen folgten der Leiche. Es dauerte fast eine Stunde, bis der Leichenzug einen gewissen Punkt in den mit Menschenmassen gefüllten Straßen passiert hatte. Der Oberbürgermeister Dublins und die Mehrheit der Stadtverordneten waren im Zuge. Die Polizei und Gendarmerie ließ sich nicht blicken, weshalb der Aufmarsch sich in vollster Ordnung vollzog. Die Straßen zeigen ein wüstes Aussehen. Allenthalben tritt man auf Glassplitter. Das Gericht verurteilte gestern nicht weniger als 144 Arbeiter, die bei den Ausschreitungen beteiligt sein sollen, zu Gefängnisstrafen von verschiedener Höhe. Die Erregung der Arbeiterschaft ist durch die Entlassung von einigen Hundert Kohlentransportarbeitern erneut worden. Vier von den Abgeordneten Dublins haben um eine sofortige öffentliche Untersuchung des Vorgehens der Polizei und ihrer Orders ersucht.

Handels- und Mark nachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 4. Sept. 1913.

	gering Mk.	mittel Mk.	gut Mk.
Weizen	—	18,00—18,50	16,50—19,00
Roggen	—	14,80—15,30	15,50—16,00
Gerste, nach Qualität	—	15,00—16,00	16,50—17,00
Hafer, nach Qualität	—	15,00—16,00	16,60—17,00

hochfein über Notiz, per 100 kg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Uns Fründin **Bertha** to ern morgigen Wegenfest en donnerndes Hoch dat de Hafenstraat wackelt.
De Fruen.
Wie freit uns schon. (6547

Am Donnerstag morgen 5 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unsere liebe **Frida** im Alter von 2 Monaten.
Tief betrauert von ihren Eltern **Karl Lüthge u. Frau, geb. Schwartz.**
Rensefeld, den 4. September 1913
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 6. September, nachmittags 4 Uhr, statt. (6559

Junge und saubere Frau wünscht abends von 6 Uhr an Beschäftigung. Angebote unter **H O** an die Exp. d. Bl. (6562

Suche zu sofort Beschäftigung **als Arbeiter oder Kutscher.** Zeugnisse vorhanden. Ang. unter **A M** an die Exp. d. Bl. (6554

Ein möbliertes Zimmer
zu vermieten
6545) Kl. Bauhof 2.

Eine freundl. leere Stube
zum 1. Okt. zu vermieten. (6541
Wickedestr. 29.

Arnimstraße 39b
Zum 1. Oktober 1913 eine abgeschlossene **Drei-Zimmer-Wohnung** Parterre mit allem Zubehör und gr. Vordergarten. Miete 290 Mk. pro Jahr. Näheres daselbst I. Etg.

Kinder-Sitz- und Liegewagen
billig zu verkaufen. (6540
Rosengarten 4.

1 guterh. Kinderklappstuhl
billig zu verkaufen
6544) Wickedestraße 30, I.

Ein gebrauchtes Fahrrad
zu verkaufen. Preis 20 Mk.
6546) Ludwigstraße 64, I.

Kinderklappstuhl gesucht.
Offerten mit Angabe des Preises
6563) Kreuzweg 1, III. rechts.

Zu kaufen gesucht eine gebrauchte
Kommode.
6543) F. Baarck, Moisl. Heide.

Junge Frau sucht noch Hausstandswäsche.
6542) Gr. Kiesau 14.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Zwetschen
große, trockene süße Frucht,
10 Pfd. 65 Pfg., 50 Pfd. 3.— Mk.
empfiehlt (6555
Wilh. Süfke, Marendorpstr. 25.

Gute lange gelbe **Eßkartoffeln** 10 Pfd. 30 Pfg., 100 Pfd. 2.50 Mk., gelbe franz. **Eierkartoffeln** 10 Pfd. 40 Pfg., 100 Pfd. 3.25 Mk., empfiehlt **S. Prestin,** Fleischhauerstr. 60. (6560

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Für Brautleute!
3 Schlager:

Komplette Wohnungs-Einrichtung 295.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Sofa	2 Bettstellen engl.	1 Küchenschrank	**Teilzahlung**
1 Tisch	1 Kleiderschrank	1 Küchentisch	**wöchentlich 2.— Mk.**
1 Vertiko	1 Waschtisch	2 Stühle	
4 Stühle	2 Stühle		

Komplette Wohnungs-Einrichtung 625.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Sofa	2 engl. Bettstellen	1 Küchenschrank	**Teilzahlung**
1 Ausziehtisch	1 engl. Kleiderschr.	1 Küchentisch	**pro Woche 4.— Mk.**
1 Vertiko m. Spieg.	1 zweitür. Wascht.	2 Stühle	
1 Trumeau	1 Spiegel	1 Handtuchhalter	
6 Stühle	2 Stühle		

Komplette Wohnungs-Einrichtung 750.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Plüschgarnitur besteh. aus 1 Sofa u. 4 Polsterstühlen	2 engl. Bettstellen	1 Küchenschrank	**Teilzahlung**
1 Ausziehtisch	1 engl. Kleiderschr.	1 Küchentisch	**wöchentlich 5.— Mk.**
1 Vert., 1 Trumeau	1 Waschtoilette	2 Stühle	
	2 Stühle	1 Handtuchhalter	

Einzelne Möbel:
Bettstellen, Kleiderschränke, Tische, Büfetts, Vertikos, Sofas, Garnituren, Trumeaus, Flurgarderoben, Bücherschränke, Schreibtische, Diplomaten, Stühle usw., Teppiche

Spezialität:
Kompl. Schlafzimmer, „ Wohnzimmer, „ Speisezimmer, „ Herrenzimmer, „ Salons
Teilzahlung von wöchentl. 1.— Mk. an.

Besichtigung ohne Kaufzwang.
Siegfried Ittmann
Breite Straße 33, 1. Etage.
6561

Heute eine große Sendung
Kart-Blechwagen
in allen Größen zu sehr billig. Preisen
empf. **Wilh. Süfke,** Marendorpstr. 25.

Billig! Billig!
1 Waggon Thüringer Pflaumen
10 Pfd. 60 Pfg., 100 Pfd. 5.— Mk.
sind zu verkaufen
untere Brauastraße 38 — Keller
sowie bei (6550
O. Voß, Langer Lohberg 50.
C. Strasbing, Moisl. Allee 10. Fernspr. 1170.
H. Gehrken, Hägstr. 118 und Schlamacherstraße 8, Fernspr. 2608.

Ab 7. September Neu-Eröffnung der Saison.

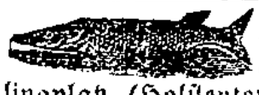
Etablissement
„Waldschlößchen"
Bad Schwartau.
Am Sonntag, dem 7. September:

Gänzlich neuer Betrieb, der Neuzeit entsprechend.

Neu-Eröffnungstag
verbunden mit
Solisten-Konzert einer berühmten Hamburger Kapelle, großem **Prachtfeuerwerk, bengalischer Beleuchtung** und **Illumination des ganzen Etablissements,** sowie **Tanzkränzchen.**
Anfang 2 Uhr nachmittags.
Alle Gäste, Freunde u. Gönner werden hierzu freundl. eingeladen.
Eintritt frei. — Kein Sammeln. — Kein Getränkaufschlag.
Ich bitte höfl. mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne Hochachtungsvoll (6564
Lehmann, Geschäftsführer des Restaurants „Waldschlößchen".

Konzerthaus Fünfhausen.
Morgen Freitag: Grosses Tanzkränzchen
Sonntag: Tanzkränzchen. (6552

Gratis! Gratis!
gebe ich **Freitag** und **Sonnabend** auf 1 Pfd. **Margarine** zu 70, 80 oder 90 Pfg. 1 Pfd. **Malzkaffee, 10 Bonillonwürfel, ein großer Block Schokolade** oder **eine hochelegante Tasse.** Ferner empfehle: **ff. Meiereibutter** pro Pfd. 118 Pfg. **Feinst. Palmfett** pro Pfd. 58 Pfg. **Pflaumenmus** pro Pfd. 30 Pfg. **Frische holstein. Eier Stück 9 Pfg.**
H. Scheel
Beckergrube 31. (6558



Jeden Freitag morgen verkaufe auf dem Brolingplatz (Holstentor): frische Seefische aller Art
Boy, Fischhandlung.
6553) Markthallenstand 46.

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Hausstandslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Tauc.** (1225
Fernruf 2430. Postkarte genügt.
Waisenhofstraße 25.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
8) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kazen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Arbeiter-Abstinentenbund.
Versammlung
am Freitag, d. 5. Septbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
6549) **Der Vorstand.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.
Turngang nach Stockelsdorf am Sonntag, d. 7. September.
Abmarsch 2 Uhr vom Vereinslokal, Handestraße 41.
6548) **Der Turnwart.**

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert
Freitag, den 5. September:
Zum 18. und letzten Male
die entzückende Operette
Filmzauber.
Sonnabend, den 6. September:
Gerhard Hauptmanns neuestes Werk
Gabriel Schillings Flucht.
Da der Andrang zu dieser Vorstellung ein großer ist, komme ich dem sehr verehrten Publikum entgegen und wiederhole das Stück am Montag, dem 8. September.
Sonntag, den 7. September:
∴ Puppchen ∴
6551) Anfang stets 8¼ Uhr.